Mittwoch, den 18. Oktober 1933 — Nr. 245 Jahrgang 115

Soester Kreisblatt

Die nationale Zeitung für alle Volkskreise

Soester Zeitung und Tageblatt, früher öffentlicher Publikationskraft der Behörden

Wochenblatt mit allein rechtsverbind. des Kreises Soest / Gegründet 1810

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2.— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Ortsansässige 10 Pfg. Reklamezeile 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Das englische Finanzblatt stellt fest:

„Es geht nicht ohne Deutschland"

Dr. Goebbels über die Evolutionsfähigkeit der nationalsozialistischen Partei

Stimme des Volkes

Wenn auch die ununterbrochene Fühlung mit Angehörigen aller Volkskreise die Mitglieder der Regierung laufend über Stimmungen und Gefühle überall im Volk unterrichtet, so hat die öffentliche, von ganzen Volkskreisen in feierlicher Form ausgesprochene Versicherung der Treue und Gefolgschaft, darüber hinaus ernste und weittragende Bedeutung.

Und wenn auch am 12. November ein solches Bekenntnis vom ganzen Volk in aller Form abgelegt werden wird, so darf doch die Zeit bis dahin nicht verstreichen, ohne daß alle Kreise, die dazu in der Lage sind, der Regierung von sich aus diese Versicherung geben. Nur das ständige Gefühl, daß das Volk geschlossen hinter seiner Führung steht, gibt unseren führenden Staatsmännern die Sicherheit, die sie in solch ernster Zeit so dringend gebrauchen. Und gerade, wenn im Ausland die uns übel wollende Presse mit geschickt verborgenen Andeutungen Renegaten zu ködern versucht, um gegen die Regierung und ihre feste Stellung im Herzen des Volkes polemisieren zu können, so kann die Absage an solche Methoden nicht eindeutig genug ausfallen. Die Stimme des Volkes spielt heute eine ganz andere Rolle als in den Zeiten, wo sie nichts als ein Stimmzettel mehr oder weniger bedeutete. Jeder, der heute zu den Handlungen der Führer unseres Volkes aufblickt, fühlt in tiefstem Herzen, welches gewaltige Maß ehrlichen und redlichen Wollens jeden Schritt und jede Maßnahme diktiert. Nicht mehr die Interessen eines Standes, einer Kaste, eines Berufes ist von ausschlaggebendem Einfluß auf gesetzgeberische und wirtschaftliche Maßnahmen: Ein gerechter Ausgleich zwischen den Menschen ist immer wieder der allein maßgebende Richtpunkt. Gerade darum ist es heute überall da, wo sich Kreise und Einzelgruppen sammeln, wesentliche und wichtige Aufgabe und heilige Pflicht, sich zu dem Bewußtsein dieses Wollens der Regierung zu bekennen. So, wie die Regierung alle Einzelwillen in einem gemeinsamen Strom kraftvoller Tätigkeit zu einen versucht, so muß jeder einzelne Kreis über sich und seine engen Tagesangelegenheiten hinauswachsen und sich, mitschaffend und bestätigend, in diesen gemeinsamen Strom einfügen.

Der gute Wille allein tut es nicht: Nur, wer ihn zeigt und betätigt, beginnt die Pflichten zu üben, die ihm seinem Volk und Vaterlande gegenüber obliegen. Wenn man im Ausland glaubt, daß die gehässigen Ausstreuungen der Emigrantenpresse berechtigt sind, so muß gerade jetzt immer erneut darauf hingewiesen werden, daß jeder einzelne im Volk sich seiner Pflicht bewußt ist und ohne Reserve hinter der Regierung steht. Nur so kann man das Ausland, das mit dem unglaublichen Staunen vor dem gewaltigen Werk der deutschen Erneuerung steht, umstimmen und davon überzeugen, daß das, was erreicht wurde, nicht nur auf dem Papier, und im Glauben einiger weniger besteht, sondern Gemeingut im ganzen Volke geworden ist.

Wiederholung der Rede Hitlers im Rundfunk

Die Pressestelle der Reichsrundfunk-Gesellschaft teilt mit: Aus dem ganzen Reich geht immerfort an den Rundfunk die Bitte, die große Rede des deutschen Volkskanzlers zu wiederholen. Um diesen Wünschen gerecht zu werden, wird der Deutschlandsender diese Rede noch einmal von Wachsplatten senden, und zwar Mittwoch, gegen 22,10 Uhr im Anschluß an den Nachrichtendienst.

Antworten Dr. Goebbels

auf Fragen eines Engländers

Der Reichspropagandaminister **Dr. Goebbels** hat dem Korrespondenten der **„Daily Mail"** in Berlin, **Ward Price**, einige Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund der Abrüstungskonferenz beantwortet.

Auf die Frage, ob Goebbels eine Antwort darauf geben könne, ob Deutschland jetzt bereits mit der Aufrüstung beginne, sagte der Propagandaminister: Nein!

Deutschland hält sich an seine vertraglichen Verpflichtungen. Es erhebt aber die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Vertrages ihre Versprechungen in derselben Weise erfüllen werden.

Auf die Frage, wie die Aeußerungen, die Hitler in seiner Rundfunkrede im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen getan habe, mit dem in dem Buche „Mein Kampf" und sonstwo ausgedrückten Gefühl gegen Frankreich in Einklang gebracht werden könnten, habe Goebbels geantwortet, daß

das Freundschaftsangebot, das Hitler an Frankreich machte, ein Beweis für die Evolutionsfähigkeit der nationalsozialistischen Partei

sei. Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung in der Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vor sich gegangen. Wenn Deutschland die Saar zurückerhalte, werde es keine gebietsmäßigen Klagegründe gegen Frankreich haben.

Auf die Frage, ob dies auch auf Polen zutreffe, habe der Propagandaminister erwidert, Deutschland könne den

Korridor sicher nicht als ständige Einrichtung betrachten,

aber es sei der Ansicht, daß es keine Frage in Mittel-Europa gäbe, die einen neuen Krieg rechtfertigen und notwendig machen würde. Deutschland wünsche den Korridor zurückzuerhalten, aber es sei überzeugt, daß dies

Sache von Verhandlungen

sei. Das möge zum Teil unmöglich erscheinen, aber manche scheinbare Unmöglichkeiten seien im Europa der letzten Jahre verwirklicht worden. Der Aufstieg der NSDAP zur Macht sei eine davon.

Die jüngsten Reden

in französischer und englischer Beleuchtung

Was Franzosen schreiben

Soweit französische Pressestimmen zur Rede des Reichsaußenministers vorliegen, zeichnen sie sich durch

Gereiztheit und Hemmungslosigkeit des Tones

aus. Es ist bemerkenswert, daß der als offiziös geltende **„Petit Parisien"** sich Ausdrücke leistet, wie sie sonst nur in den schlimmsten Boulevardblättern zu finden sind. Das Blatt erlaubt sich, die Ausführungen des Außenministers als „hinterhältig", als „unverschämt" und als „ultimativ" zu bezeichnen. Unter völliger, offenbar

nicht ganz unbeabsichtigter Verkennung des wahren Sachverhalts

glaubt „Petit Parisien" den von der deutschen Regierung erneut zum Ausdruck gebrachten Willen Deutschlands, allen Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten und damit auch Frankreich seine loyale Unterstützung verleihen zu wollen, so interpretieren zu können, als beabsichtige Deutschland separate Verhandlungen mit Frankreich. Gegen diese, nur in seiner eigenen Einbildung bestehende Möglichkeit macht das Blatt dann schärfstens Front. Es ist beinahe selbstverständlich, daß dabei der übliche Hinweis auf das Instrument des Völkerbundes nicht fehlt, das ja in allen internationalen Diskussionen von Frankreich stets gebraucht wird. Es kennzeichnet die Beweisführung des Blattes am besten, wenn die eindeutigen und freimütigen Ausführungen des Reichskanzlers als „Doppelzüngigkeit" bezeichnet werden.

„Excelsior" möchte, „um die künstlichen Rauchwolken zu zerstreuen, die durch die Rede des Reichskanzlers erzeugt wurden", den Dossier erneut ans Tageslicht zerren, jenes berüchtigte Aktenstück mit einer

Aufzählung angeblicher deutscher Verfehlungen,

das zuletzt bei den Pariser Vorbesprechungen eine Rolle gespielt hat.

Gustav Herve begrüßt im Gegensatz zu anderen Blättern in der **„Victoire"** die Entscheidungen der Reichsregierung, weil damit

endlich eine Klärung des deutsch-französischen Verhältnisses

ermöglicht werde. Die Aktion Hitlers müsse, so meint Herve, auch dem verblendetsten Franzosen zeigen, daß der Versailler Vertrag in seinem wesentlichen Teil, nämlich der Organisation des Völkerbundes als eines Instrumentes zur Sicherung des Friedens unausführbar sei. Er

beschwört Frankreich, nicht die Hand Deutschlands zurückzuweisen.

In ähnlichen Gedankengängen bewegt sich der Kommentar der neuen rechtsstehenden Zeitung **„Le Jour"**. Auch das radikale **„Oeuvre"** vertritt die Ansicht, daß die Möglichkeiten für eine Aussprache geschaffen worden seien. **„Volonte"** warnt davor, den deutschen Reichskanzler der „Hinterhältigkeit" zu zeihen. Dagegen hält es der Sozialistenführer **Leon Blum** für geboten, im **„Populaire"** den Abschluß eines Abrüstungsabkommens ohne Deutschland zu fordern, da Frankreich dem Nationalsozialismus keine Konzessionen machen dürfe. **„Homme Libre"**, der in dem Schritt Deutschlands einen meisterhaften Coup erblickt, ermahnt Frankreich, seinen angeblichen Freunden offen und mutig die Wahrheit zu sagen. Am übelsten ist der Ton im **„Figaro"** und im **„Rempart"**, die in Hetzereien gegen Deutschland einander zu übertreffen suchen.

Der in Genf gefaßte

Beschluß, den Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz auf den 26. Oktober einzuberufen,

wird von einem Teil der französischen Presse ebenso stark kritisiert wie der Entwurf des Antwortschreibens des Präsidenten der Abrüstungskonferenz an Reichsaußenminister von Neurath. Was sich gestern in Genf abspielte, schreibt **„L'Ordre"**, ist unerhört und

in Berlin dürfte man wahrscheinlich gelächelt haben.

Es ist kein Geheimnis, daß die Angelsachsen und zweifellos auch andere Mächte sich mit dem Gedanken tragen, sich den Deutschen an die Rockschöße zu hängen, um sie ja wieder in den Völkerbund und auf die Abrüstungskonferenz zu bringen. Der Außenpolitiker des **„Echo de Paris"** ist der Ansicht, daß

das Antwortschreiben an Reichsaußenminister von Neurath keine Widerlegung

der von der Reichsregierung gegen die nichtabgerüsteten Mächte erhobenen Anklagen sei. Man lasse auch ohne Widerspruch die Behauptung durch, daß Deutschland das vertraglich verbriefte Recht habe, die Abrüstung der anderen zu fordern, und um zu zeigen, daß die Konferenz nicht die Vorwürfe Berlins verdiene, begnüge man sich damit, wohlgefällig den Abrüstungsplan Sir John Simons zu zitieren, der den Gleichberechtigungsgrundsatz verwirkliche. Dieser Plan, der für die französische Sache so bedrohlich sei, werde also für die Zukunft indirekt durch das an den Reichsaußenminister abgegangene Schreiben bestätigt.

Der Plan Simons bedeute die Vernichtung der französischen Armee.

In der englischen Presse

findet die vom Reichsaußenminister abgegebene Erklärung allgemein große Beachtung. **„Daily Herald"** überschreibt seine Meldung „Deutschland klagt Sir John Simon der Verdrehung von Tatsachen an, hofft aber noch immer auf eine Abrüstungskonvention."

Der Berliner Korrespondent des **„News Chronicle"** spricht von einer

kraftvollen Verteidigung des deutschen Schrittes,

der Vertreter der **„Daily Mail"** von einem scharfen Angriff auf den britischen Außenminister. — In der Meldung der **„Morning Post"** wird gesagt, Freiherr von Neurath spreche im Tone eines Mannes, der entschlossen ist, sich zu beherrschen, der aber darüber keinen Zweifel aufkommen lassen werde, daß er seiner Ansicht nach

lange genug Geduld geübt

hat. Der Korrespondent des **„Daily Telegraph"** hebt hervor, daß der Reichsaußenminister die Schuld an dem Vorfall im Völkerbund besonders Großbritannien zugeschoben habe. Er habe ferner klar zum Ausdruck gebracht, daß die deutschen Forderungen restlos erfüllt werden müßten, bevor eine Abrüstungskonvention zustande kommen könne. — **„Daily Expreß"** bemerkt u. a., die gegen Sir John Simon erhobenen Beschuldigungen erforderten sofortige Zurückweisung oder Aufklärung des eventuellen Mißverständnisses. — **„News Chronicle"** erklärt, eine Konvention müsse zustande kommen. Nur eine Konvention, die selbstverständlich von Deutschland unterzeichnet werden müßte, könne die deutschen Behauptungen widerlegen.

Es sei den anderen Mächten in Wahrheit niemals ernst mit ihrer Abrüstungsbereitschaft gewesen.

„Daily Mail" benutzt die Gelegenheit wieder, für die Vergrößerung der britischen Luftstreitmacht einzutreten. — **„Times"**, die bei ihren, wenn auch in verhältnismäßig beherrschter Sprache gehaltenen Angriffen auf Deutschland in der Londoner Presse an der Spitze stehen, sprechen von dem „theatralischen Schritt Deutschlands" und von der Gewohnheit von Diktatoren, die Aufmerksamkeit ihres Volkes auf auswärtige

Der Reichstagsbrandstifterprozeß

Göring und Dr. Goebbels werden vernommen

Der unterirdische Gang — Wieder mal das „Braunbuch"

Zu Beginn des 18. Verhandlungstages gedenkt der Vorsitzende, Senatspräsident **Bünger**, zunächst des Hinscheidens des niederländischen Generalkonsuls von Leipzig, **Knobel**, der dem Prozeß täglich beigewohnt und ein besonderes Interesse dafür gezeigt habe.

Der Oberreichsanwalt zu Anträgen eines Verteidigers

Der Oberreichsanwalt nimmt dann Stellung zu den Beweisanträgen, die R.-A. Dr. Teichert für die bulgarischen Angeklagten gestellt hat. Zu den gewünschten Zeugenvernehmungen, die ergeben sollen, daß sich Dimitroff mit Fräulein Anni Krüger nicht verlobt hat, erklärt der Oberreichsanwalt, daß er persönlich auf diese Angelegenheit keinen Wert lege, gegen die Vernehmung aber keine Bedenken habe. Soweit dann Zeugen vernommen werden sollen, darüber, daß sie geglaubt haben, Dimitroff gesehen zu haben, tatsächlich aber einem Irrtum erlegen sind, beantrage er Ablehnung, denn das könne ohne weiteres als richtig unterstellt werden. Ebenso beantragte er die Ablehnung der Vernehmung des Schlafwagenschaffners, da ebenfalls unterstellt werden könne, daß Dimitroff in der Nacht vom 27. zum 28. Februar von München nach Berlin gefahren ist. Abzulehnen seien auch weitere Anträge, durch die bewiesen werden soll, daß eine Verwechslung anderer Menschen mit Dimitroff praktisch vorgekommen ist. Das könne als wahr unterstellt werden, beeinträchtige aber in keiner Weise die Glaubwürdigkeit derjenigen Zeugen, die Dimitroff wirklich erkannt haben. Zu dem Antrag auf Ladung des Rechtsbeistandes der kommunistischen Fraktion, Felix Halle, bemerkt der Anklagevertreter, Halle habe Deutschland verlassen. Sein gegenwärtiger Aufenthalt sei der Behörde unbekannt. Der Kinokontrolleur Heinrich werde als Alibizeuge für Popoff und Taneff vernommen werden, ebenso Frau Gertrud Baumgart, die Popoff und Taneff im Kino gesehen haben.

R.-A. Teichert tritt verschiedentlich der Auffassung des Oberreichsanwaltes entgegen, worauf schließlich der Vorsitzende erklärt, daß der Beschluß des Senats über die Beweisanträge morgen verkündet werden wird.

Was weitere Zeugen beobachteten

Es wird nunmehr der **Postschaffner Otto**, der damals die Briefkastenleerung im Reichstage besorgte, als Zeuge vernommen. Er schildert seine Beobachtungen bei der Neun-Uhr-Leerung: Er sei kurz vor 3/4 9 Uhr zum Portal 5 gekommen und habe den Pförtner gefragt, ob noch jemand anwesend sei. Der Pförtner verneinte und sagte, Torgler sei eben gegangen. Der Zeuge sei dann durch die Wandelhalle zum Portal 2 gegangen, wo er einen kleinen Kasten geleert habe und sei von dort zum Postamt in der Wandelhalle gegangen, um auch dort den Kasten nachzusehen. Durch Portal 5 habe er dann den Reichstag verlassen. Es sei vollständig dunkel in der Wandelhalle gewesen. Geräusche oder Gerüche habe er nicht wahrgenommen. Wenn er sich recht erinnere, habe mindestens der eine Flügel der großen Glastüt zum Plenarsaal offen gestanden.

Als nächster Zeuge wird **Tischlermeister Lippert** vernommen, der sich ausführlich über die hölzerne Innenausstattung des Plenarsaales äußert. Der Zeuge bekundet, daß alles sichtbare Holz der ganzen Ausstattung fast durchweg aus Eiche bestanden habe. Zum Schluß hatte der Plenarsaal etwa 600 Stühle für die Abgeordneten.

Auf eine Frage des Angeklagten **Torgler** bestätigt der Zeuge, daß nach Beseitigung der Tische in der letzten Zeit alle Stühle an der Rückwand mit oben offenen Eichenholzkästen für Drucksachen, Abstimmungskarten usw. versehen waren. **Der Vorsitzende** bemerkt dazu, es werde vielleicht notwendig sein, Zeugen darüber zu vernehmen, ob sich in diesen Kästen bis zum Brande nicht noch Drucksachen, altes Papier und dergleichen befunden hätten.

Der **Amtsgehilfe Wocköck**, der seit elf Jahren Pförtner am Portal 2 ist, bekundet, er habe am 27. Februar ein paar Minuten nach 8 Uhr das Portal geschlossen. Der Amtsgehilfe Kohls habe ihm zugerufen, daß Torgler noch im Hause sei. Kohls hätte schon bei ihm angerufen, es habe sich aber niemand gemeldet. Gleich darauf, erklärt Wocköck, wurde er telefonisch gebeten, die Garderobe Torglers hinaufzubringen. Der Zeuge hat das Portal wie immer verschlossen und auch den Riegel vorgeschoben. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob jemand seinen Schlüssel zum Portal benutzen könnte, erwidert der Zeuge, daß das nicht möglich sei. Auch die Anfertigung eines Wachsabdruckes von dem Schlüssel hält der Zeuge für ausgeschlossen. Die Frage des **R.-A. Dr. Teichert**, ob er, abgesehen von Torgler, jemals einen der Angeklagten durch das Portal habe gehen sehen, verneint der Zeuge. **Oberreichsanwalt:** Der Zeuge hat gesagt, daß er an großen Tagen sein Tor ständig im Auge halten mußte. War es während der Zeit möglich, daß Abgeordnete oder vertrauenswürdige Personen, die in der Loge telefonierten, sich an dem Schlüssel zu schaffen machten? **Zeuge?** Das wäre möglich. Den Herren, die da telefoniert haben, kann ich das aber nicht zutrauen. Um vertrauenswürdige Abgeordnete haben wir uns, wenn sie telefonierten, natürlich nicht weiter gekümmert. **Dr. Teichert:** Haben Sie am Brandtage oder vorher durch Portal 2 einen Mann mit einer Kiste gehen sehen? **Zeuge:** Nein. **Dr. Sack:** Dr. Hertz, der Sekretär der sozialdemokratischen Fraktion, hat in London ausgesagt, daß am 27. Februar im Fraktionszimmer seiner Partei eine Besprechung mit ausländischen Journalisten stattgefunden haben soll. **Zeuge:** Mir ist nichts darüber bekannt und durch mein Portal ist niemand hereingekommen. **Dr. Sack:** Im Auslande und im Braunbuch wird behauptet, der nationalsozialistische Hausinspektor Scranowitz habe die diensthabenden Beamten um 1 Uhr nach Hause geschickt. **Zeuge:** Zu den diensthabenden Beamten gehöre auch ich. Uns hat niemand nach Hause geschickt und ich habe auch nichts darüber gehört.

Der **Amtsgehilfe Kohls**, der seit etwa 20 Jahren an der Garderobe beim Portal 2 des Reichstages tätig ist, sagt aus, am 27. Februar etwa 10 Minuten vor acht Uhr abends habe noch die Garderobe des Abgeordneten Torgler am Riegel gehangen. Er habe anrufen wollen, ob die Garderobe nicht hinaufgeschafft werden könnte. Zweimal habe er auf Nummer 321 im Zimmer 9a angerufen. Es habe sich niemand gemeldet, und auch das Besetztzeichen sei nicht gekommen. Dann habe er zweimal über 322 im Zimmer 9b angerufen. Auch dort habe sich niemand gemeldet. Als er nach dem zweiten vergeblichen Anruf den Hörer noch in der Hand hatte, habe der Nebenapparat in der Garderobe geklingelt und der Fahrstuhlführer Düsterhöft habe ihm gesagt: „Eben wird angerufen, wir möchten die Sachen des Abgeordneten Torgler nach oben bringen!" Etwa drei Minuten nach acht Uhr seien Düsterhöft und er, Kohls, nach Hause gegangen. Auf verschiedene Fragen bleibt Kohls bei seiner Aussage, daß er auf seinen Anruf in den kommunistischen Fraktionszimmern keinen Anschluß bekommen und auch kein Besetzt-Zeichen gehört habe. Die Frage des Reichsanwaltes **Parrisius**, ob ihm aufgefallen sei, daß er an diesem Abend keinen Anschluß bekam, verneint der Zeuge.

Als der Zeuge im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erklärt, daß er seinerzeit zuerst zum Ministerpräsidenten Göring gefahren und genau das gesagt habe, was er auch hier gesagt habe, fragt **Dr. Sack**, ob diese erste Aussage beim Ministerpräsidenten Göring nicht ein Irrtum sei. Er könne sich nicht vorstellen, daß Ministerpräsident Göring eine Vernehmung angestellt hat. Darauf erklärt **der Zeuge**, er sei um 3/4 9 Uhr nach Hause gekommen und habe sich um 1/2 10 Uhr ins Bett gelegt. Gleich nach 10 Uhr habe sein Nachbar geklingelt und mitgeteilt, der Reichstag brenne. Er sei dann sofort mit der Straßenbahn zum Reichstag gefahren. Ein Polizeibeamter wollte ihn nicht in das Gebäude lassen und sagte, Minister Göring sei gerade drin, worauf ich erwiderte, daß ich gerade zu Göring wolle. Er sei dann ins Portal 2 gebracht worden und sei später zusammen mit dem Ministerpräsidenten Göring, der ja gleichzeitig auch Reichstagspräsident war, im Auto nach dem Ministerium Unter den Linden gefahren und dort vernommen worden. Wenn er nicht irre, sei es Daluege gewesen, der ihn zu Protokoll vernommen habe. **Der Oberreichsanwalt** bemerkt dazu, daß Daluege damals Chef der Kriminalpolizei war. Der Zeuge sei also von der Kriminalpolizei vernommen worden, wie jeder andere.

Dimitroff stellt dann wieder einige Fragen, u. a., welcher Partei der Zeuge angehört. **Kohls** erwidert: Ich habe noch nie einer Partei angehört, Herr Dimitroff, wenn Sie es genau wissen wollen. Auf eine weitere Frage **Dimitroffs**, ob der Zeuge mit Göring noch einmal zusammengekommen sei, erklärt **Kohls**, in Sachen der Brandangelegenheit nicht.

Der Pförtner **Wocköck** wird vom Vorsitzenden nochmals gefragt, wie er sich die Beobachtung des Zeugen Boguhn erklären könne, daß nämlich spät abends ein Mann aus dem Portal 2 herausgelaufen sein soll. **Wocköck erklärte**, daß dann dieser Mann nicht nur über einen Nachschlüssel zum Oeffnen des Portals verfügt, sondern unbedingt auch einen Helfer innerhalb des Reichstages gehabt haben müsse, der nachher von innen das Portal wieder so verschlossen und den Riegel so vorgelegt habe, wie es tatsächlich der Fall war.

Der Betriebsingenieur des Reichstages, **Nisse**, äußert sich dann über die technischen Anlagen des Reichstages. Er bekundet, daß er nach dem Brande die Lüftungseinrichtungen geprüft und gefunden habe, daß während des Brandes die Lüftungsklappen geschlossen waren. Auf die Frage eines Sachverständigen, ob im Plenarsaal eine Luftbewegung zu spüren war, auch mit geschlossener Luftzuführung, erwidert der Zeuge, hin und wieder ja; das hänge von den Windverhältnissen ab.

Die Frage des Rechtsanwaltes **Dr. Sack**, ob im Keller eine Anzahl als Akten oder Waffen deklarierte Kisten mit Brandmaterial gelegen haben, wie es im Braunbuch stehe, verneint der Zeuge. Im Maschinenkeller hätten lediglich alte Kisten mit Seife, Soda und Altmaterial gestanden. Es müßte aufgefallen sein, wenn da fremde Kisten hineingekommen wären. Die Frage des Rechtsanwaltes **Dr. Sack**, ob das Personal des Präsidentenhauses, wenn es ins Reichstagsgebäude gelangen will, den unterirdischen Gang benutzen müsse, bejaht der Zeuge. **Rechtsanwalt Dr. Sack:** Wenn nun im Präsidentenhaus eine sogenannte Stabswache von 30 Mann ständig gelegen habe, hätten Sie und Ihre Leute das beobachten müssen oder hätte Ihnen das entgehen können: **Der Zeuge** erwidert, daß ihm das hätte entgehen können, aber der Obermaschinenmeister Mutzka könne vielleicht darüber Auskunft geben. Die Frage des Oberreichsanwaltes, ob der Zeuge unter seinem Personal unzuverlässige Leute hätte, verneint **Nisse** mit Entschiedenheit. Die Frage Dimitroffs, ob seit Ende Januar neue Arbeiter eingestellt worden seien, beantwortet der Zeuge dahin, daß im ganzen zwei neue Leute eingestellt worden seien, mit denen er die besten Erfahrungen gemacht habe.

Als nächster Zeuge wird der **Obermaschinenmeister Mutzka** vernommen. Er erklärt, daß der unterirdische Gang nicht vom Reichstag zum Präsidentenpalais führe, sondern vom Reichstag zum Maschinenhaus. Der Gang habe später eine Abzweigung zu dem später erbauten Präsidentenhaus erhalten, um auch dieses Haus mit Heizung zu versorgen. Wenn das Maschinenhaus in Betrieb sei, seien beide Türen des Ganges geöffnet. **Der Vorsitzende** erklärt dann, daß eine Ortsbesichtigung vorgenommen werde, um eine bessere Grundlage für die weiteren Erörterungen über den unterirdischen Gang zu haben. Die Frage des Vorsitzenden, ob er am 27. Februar etwas Auffälliges in dem unterirdischen Gang bemerkt habe, wird vom Zeugen verneint. Auf weitere Fragen erklärt **Mutzka**, es sei einmal vorgekommen, daß ein Schlüssel zum Gang verloren ging und auch verschwunden blieb. Dieser Vorgang liege aber sehr weit zurück. Auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge weiter, es sei ihm nicht bekannt, daß im Präsidentenhaus eine SS.- oder SA.-Wache gewesen sei. Er wisse auch nicht, ob Ministerpräsident Göring damals im Präsidentenpalais gewohnt habe.

Anträge des Oberreichsanwaltes

Oberreichsanwalt Dr. Werner betont dann in längeren Ausführungen, im Braunbuch werde ohne jeglichen Versuch des Beweises die Behauptung aufgestellt, daß

durch den unterirdischen Gang unter Führung des Polizeipräsidenten Heines, Breslau, des Oberleutnants Schulz und des Polizeipräsidenten Graf Helldorf, Potsdam, SA.-Abteilungen in den Reichstag eingedrungen seien und dort den Brand gelegt haben.

Für jeden einzelnen der ausgesuchten SA.- und SS.-Führer sei die Stelle genau bezeichnet worden, wo er einzusetzen hatte. Am Tage vorher sei Generalprobe abgehalten worden. Van der Lubbe sei als 5. oder 6. mitgegangen. Als der Beobachtungsposten im Reichstag meldete, daß die Luft rein sei, begaben sich die Brandstifter an die Arbeit. Die Brandlegung war in wenigen Minuten vollendet und sie gingen den gleichen Weg, den sie gekommen waren, nach getaner Arbeit zurück. Van der Lubbe blieb allein im Reichstagsgebäude zurück.

Ich beantrage, fuhr der Oberreichsanwalt fort, als Zeugen den Polizeipräsidenten Heines (Breslau), den Oberleutnant Schulz und den Polizeipräsidenten Graf Helldorf (Potsdam) dafür zu laden, daß sie mit dieser Sache nicht das geringste zu tun haben. Ich beantrage weiter, als Zeugen den preußischen Ministerpräsidenten Göring und den Reichsminister Dr. Goebbels zu laden. In dem Braunbuch wird das Unerhörte behauptet, ohne auch nur zu versuchen, einen Beweis zu führen, daß Minister Goebbels als indirekter Urheber und der preußische Ministerpräsident Göring ebenfalls als Urheber des Planes gegolten haben. Es ist eine Pflicht, wenn solche unerhörten und unbewiesenen Verdächtigungen in die Welt gesetzt werden, daß auch dann diesen Herren die Möglichkeit gegeben wird, sich über alle in diesem Zusammenhang stehenden Vorgänge zu äußern, insbesondere auch über die damalige politische Lage und die dadurch notwendig gewordenen Maßnahmen vor Gericht unter Eid auszusagen.

Nach kurzer Besprechung mit den übrigen Senatsmitgliedern verkündet der Vorsitzende den Senatsbeschluß, den Beweisanträgen des Oberreichsanwaltes stattzugeben. Die Vernehmung der Zeugen Heines, Schulz und Graf Helldorf soll bereits am Freitag erfolgen. Ministerpräsident Göring und Reichsminister Goebbels sollen vernommen werden, wenn das Gericht mit den politischen Erörterungen beginnt.

Ueber einen Antrag des Angeklagten Dimitroff, ihm das Braunbuch zugänglich zu machen, wird der Senat entscheiden.

Rechtsanwalt Dr. Sack weist auf ein Telegramm des Polizeipräsidenten Heines aus Breslau hin, in dem dieser darlegt, daß er vom 26. Februar bis Anfang März in Gleiwitz war. **Dr. Sack** ersucht, Zeugen aus Gleiwitz zu laden, die über den mehrtägigen Aufenthalt Heines dort aussagen sollen, nicht, weil er an der Glaubwürdigkeit des Zeugen zweifele, sondern weil die Mentalität des Auslandes es verlange. Auch Oberleutnant Schulz habe brieflich mitgeteilt, daß er zu jener Zeit in Tutzing krank gelegen habe. Gerade weil Oberleutnant Schulz in der Emigrantenpresse als Lügner hingestellt werde, beantrage er, auch mehrere Zeugen aus Tutzing zu laden.

Da der Oberreichsanwalt keine Bedenken gegen diese Beweisanträge geltend macht, erklärt der Vorsitzende, daß die von Dr. Sack beantragten Zeugen geladen und sobald wie möglich vernommen werden.

Die Sitzung wird darauf auf Mittwoch vertagt.

Vernehmung eines holländischen Journalisten im Berliner Polizeipräsidium

Auf Grund einer Reihe von Anzeigen wurde Dienstag vormittag im Reichstag der am Reichstagsbrandstifter-Prozeß teilnehmende **holländische Journalist Freiherr van Swindern** von Kriminalbeamten zu einer **Vernehmung ins Polizeipräsidium gebeten.** Entgegen anderslautenden Meldungen handelt es sich nicht um eine Verhaftung.

Eine spätere Meldung berichtet: **Die Vernehmung des Freiherrn van Swindern ist beendet. Freiherr van Swindern hat das Polizeipräsidium verlassen.**

Abenteuer abzulenken. Das Blatt ist der Meinung, es müsse untersucht werden,

welche „kollektive Aktion" möglich wäre, um Deutschland klarzumachen, einen wie schweren Fehler es mit seinem Schritt vom Sonnabend begangen habe.

„Daily Telegraph" nimmt kritisch Stellung zu der Rede Hendersons in Genf, in der u. a. die Worte gefallen waren, daß

die Völkerbundssatzung nicht als ein Fetzen Papier

betrachtet werden dürfe. Das Blatt bezeichnet diese Aeußerung als „unbesonnen" und als eine

„Taktlosigkeit" allerschlimmster Art.

Man könne diese Wendung, so fährt das Blatt fort, nur so auffassen, daß Deutschland nicht nur einer Uebereilung, sondern „positiver Unehrlichkeit" beschuldigt werde. Der Präsident der Abrüstungskonferenz aber dürfe sich einer solchen Sprache nicht bedienen, ja man müsse sie umsomehr bedauern, als

der deutsche Kanzler in seiner Rundfunkrede einen bemerkenswert versöhnlichen Ton

anschlug. Die von ihm gegebenen Zusicherungen, wie z. B., daß zwischen Frankreich und Deutschland mit Ausnahme der Saarfrage keine territorialen Differenzen bestünden, könnten ohne Ausnahme als beispiellos bezeichnet werden.

Finanzial Times schreiben, umgehende politische Wiederversöhnung würde einen allgemeinen Vorteil bedeuten, denn

die Welt könne ohne Mitwirkung Deutschlands nicht zur Prosperität gelangen.

In Londoner Regierungskreisen glaube man, daß eine Lösung des Problems gefunden werde, wie man Deutschland zur Mitarbeit wieder heranziehen könne. — Financial News führen u. a. noch aus: Eine

Probezeit von acht Jahren sei zuviel für den deutschen Magen!

Es sei auch schwer einzusehen, wie man eine über drei Jahre hinausgehende Frist rechtfertigen wolle.

In wenigen Zeilen

Kultusminister Rust hat angeordnet, daß das Habilitationsverfahren grundsätzlich neu geregelt wird. Zur Genehmigung einer Habilitation genügt in Zukunft nicht nur der Nachweis wissenschaftlicher Leistungen bei der Fakultät. Der Habilitant muß vielmehr auch in einem Geländesport- oder Arbeitslager mehrere Monate gedient und an einer Dozentenakademie einen längeren Schulungskursus durchgemacht haben.

Der Kreditausschuß der Deutschen Rentenbank Kreditanstalt hat aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm vom 1. Juni 1933 erneut Darlehensbewilligungen im Gesamtbetrage von über 13 Millionen RM. ausgesprochen. Davon entfallen auf den Freistaat Sachsen Beträge von über eine Million RM für eine Reihe von Meliorationen und Flußregulierungen. Darlehen von rund einer halben Million RM. wurden ferner bewilligt der Bodischen Wasser- und Straßenbaudirektion.

Als erste Gesamttagung aller evangelischen Elternverbände findet vom 29. bis 31. Oktober 1933 in Dresden der Deutsche Evangelische Elterntag statt.

Der in den frühen Morgenstunden des Dienstags eingetretene stärkere Temperaturrückgang hat auf den Höhen des Schwarzwaldes von 1000 Meter aufwärts zu Schneefällen geführt. Der Feldberg meldet bei 0 Grad einen Zentimeter Schnee. Das Schneetreiben dauert an.

In Rom hat die Polizei drei Italiener Renato und Aldo Cianca sowie Leonardo Bucciglioni unter dem Verdacht, am 25. Juni d. J. den Bombenanschlag auf die Peterskirche verübt zu haben, verhaftet. Ihre Terrorakte übten sie im Auftrage des in Paris lebenden antifaschistischen Emigranten Alberto Cianca aus, der nach einem Geständnis Bucciglionis auch das für die Höllenmaschine nötige Material und das notwendige Geld geliefert hat.

Ein Nation

Nr. 245 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Mittwoch, den 18. Oktober 1933

Aus der Stadt

Ein Nationalsozialist hißt die Hakenkreuzfahne!

In Soest und Umgegend fällt es sehr auf, daß die Hakenkreuzfahne, die Fahne des Kampfes, durch die allein Deutschland frei wurde und durch die allein die schwarz-weiß-rote Fahne wieder zu ihrem Recht kam, kaum gehißt wird.

Ich richte an die Bevölkerung den dringenden Appell, die Hakenkreuzfahne zu hissen. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, hat nicht das Recht als Nationalsozialist angesprochen zu werden.

Schnell, Kreisleiter m. d. L. b.

Winterhilfswerk

Für die schnelle Belieferung der Bedürftigen ist es erforderlich, daß den Prüferinnen in jeder Weise ihre Arbeit erleichtert wird. Im Interesse der Bedürftigen ist den Prüferinnen vor allen Dingen jede gewünschte Aufklärung wahrheitsgemäß zu machen. Es wird jeder rücksichtslos strafrechtlich verfolgt, der unrichtige Angaben macht oder irgendwelchen Mißbrauch mit der Winterhilfe treibt.

Den Einzelhandelsgeschäften sind gelbe Sammellisten zugesandt, in die sich die betreffenden Einzelhändler als erste mit einer Spende ihrer Brancheware eintragen nach Gegenstand und Preis. Sodann wird er seine Kundschaft einladen, ebenfalls Spenden in dieser Weise zu geben. Die bei der N. S.-Volkswohlfahrt gezeichneten Warenspenden dieser Art sind den betreffenden Kaufleuten auf Listen mitgeteilt, damit diese Spenden ebenfalls in die gelben Listen aufgenommen werden.

Zur Aufklärung der Einzelhandelsgeschäfte, wie die gelben Sammellisten zu führen sind, liegen Musterbeispiele im Stadthaus, Zimmer 36, bereit. Es ist zu empfehlen, daß jeder ein Muster holen läßt.

Es wird unbedingt erwartet, daß jeder Einzelhändler eine Sammelliste auslegt. Wer noch keine bekommen hat, wird im Interesse des Winterhilfswerks gebeten, eine Sammelliste ebenfalls im Stadthaus, Zimmer 36 abholen zu lassen.

Theateraufführung

Zum besten der Winterhilfe „Truka Brommelkamps".

Am Donnerstag, den 19. Oktober 1933, abends 8 Uhr, findet im Domhof die Wiederholung des plattdeutschen Theaterstückes „Truka Brommelkamps" statt. Da der Erlös restlos dem Winter-Hilfswerk zugeführt wird, ist der Besuch wärmstens empfohlen.

Soester Turnverein von 1862

Nach den Bestimmungen der Deutschen Turnerschaft müssen sich alle Turner vom 17. bis 21. Lebensjahre dem Pflichtturnjahr unterziehen; darüber hinaus sollen sich jedoch auch alle Turner bis zum 30. Lebensjahre an demselben beteiligen. Diejenigen Mitglieder, die sich dieser Verpflichtung entziehen, können von 1934 ab an keinerlei Wettkämpfen und Wettspielen mehr teilnehmen.

Die Verpflichtung der Mitglieder des S. T. V. erfolgt am kommenden Freitag, den 20. ds. Mts., 20,15 Uhr, in der Filzen-Turnhalle. —

Erscheinen aller Turner vom 17. bis 21. Lebensjahre, sowie der übrigen Wehrturner und der Turnratsmitglieder ist Pflicht.

Der Vereinsführer: gez. Baucks.

Jeder Bauernsohn muß die Bauernschule besuchen!

Am 3. November ds. Js. beginnt wieder wie alljährlich der Unterricht an der Landwirtschafts-Schule Soest (jetzt „Bauernschule Soest" genannt.) Aufgenommen werden Bauernsöhne und sonstige in der Landwirtschaft tätige junge Leute, die ein Alter von mindestens 16 Jahren erreicht haben und genügend praktische Kenntnisse besitzen. Soweit solche die Bauernschule noch nicht besucht haben, seien sie hiermit zur Anmeldung aufgefordert, die mündlich oder schriftlich bei der Bauernschule Soest, Niederbergheimerstraße 24, (Tel. 72), zu bewirken ist. — Daß jeder Bauernsohn heute seine Fachschule besuchen muß, ist selbstverständlich. Eine gründliche Ausbildung für den erwählten Beruf bildet die Grundlage für eine Tätigkeit im Beruf, durch die der deutsche Bauer seinen hohen Verpflichtungen gegen sich und seine Familie wie auch gegen Volk und Vaterland gerecht werden kann. Die Ausbildung hat mit einer gründlichen praktischen Schulung zu beginnen. Diese muß aber ergänzt werden durch eine theoretische Unterweisung, sodaß sich Wissen und Können gegenseitig vervollständigen. Heißt es doch:

„Die Praxis und die Theorie,
In voller Kraft,
Vereint nur beide nützen sie
Der Landwirtschaft!"

Warum kommen Sie eigentlich nicht zum Heimatverein?

Die Pflege der heimatlichen Dinge läßt sich die nationalsozialistische Regierung aus der Erkenntnis heraus, daß die Liebe zum Vaterlande durch die Liebe zur Heimat geht, besonders angelegen sein. Das umfassende Gebiet der Heimatvereine ist die Erhaltung und Stärkung des Heimatgefühls durch Vorträge, Ausflüge, Besichtigungen unter sachkundiger Führung, Ausstellungen und durch rege Aussprache über alle Fragen unserer Zeit größte Beachtung geschenkt. Besonders in den Monatsversammlungen wird eine Fülle anregenden Materials zur Sprache gebracht. Hier findet eigentlich jeder immer etwas, das ihn interessiert. Unsere Monatsversammlungen wurden deshalb in der letzten Zeit immer reger besucht.

Der Vorstand des Vereins für Heimatpflege Soest e. V. hat für den Winter des laufenden Jahres folgendes Programm vorgesehen.

In den **Monatsversammlungen**, die jeweils **am ersten Dienstag jeden Monats, 20,30 Uhr, im Hotel Overweg** stattfinden, werden neben den laufenden Fragen folgende kurze Vorträge gehalten:

7. November 33: Dr. König, Neue Ausgrabungen in der näheren Heimat.
5. Dezember 33: Kl. Hilse, Der Fremdenverkehr hilft allen.
2. Januar 34: Walter Schöttler, Heimat und Kunst.
6. Februar 34: Amtsgerichtsrat Boehr, Erbhofrecht.
6. März 34: Pfarrer Dr. Girkon, Führung durch die Wiesenkirche.

An besonderen **Hauptvorträgen** ist vorgesehen:
Vor Weihnachten: Pfarrer Prein oder Museumsdirektor Bänfer, Hamm: Neue Ausgrabungen.
Im Frühjahr: Gartenbauarchitekt Roth, Hamburg: Gartenbau und Blumenpflege.

Ferner sind zwei Fahrten nach Münster und Dortmund im Laufe des Winters geplant. Geführt wird durch sachkundige Personen durch die Sehenswürdigkeiten dieser Städte.

Außerdem erfolgt im Januar gemeinsam mit dem Städt. Verkehrsamt eine Ausstellung im Blauen Saal „Soest im Lichtbild", die eine interessante Gegenüberstellung des alten u. neuen Soest und der Börde bringen soll.

Es handelt sich um ein vorläufiges Programm, das noch Aenderungen unterworfen werden kann, wenn dies gewünscht wird. — Immerhin gibt es Ihnen aber einen Ueberblick über die Arbeit des Heimatvereins. Dieser Eindruck wird sich noch verstärken, wenn Sie uns einmal in einer Monatsversammlung besuchen.

Welche Pflichten übernehmen Sie als Mitglied?

Keine, außer der Zahlung des jährlichen Mitgliedsbeitrages von 2,— Rm. Das ist ein geringer Aufwand, für den die Mitglieder ermäßigte Preise für unsere Hauptvortragsabende u. für unsere beliebten Ausflugskarten erhalten.

Der Heimatverein will jetzt innerhalb seiner Werbeaktion für 5 neue Mitglieder, die bis zum 1. Januar 1934 geworben werden, 1 freie Eintrittskarte für einen Vortrag oder für eine Besichtigungsfahrt ausschreiben, um einen kleinen Anreiz für die Mitgliedschaft zu bieten. Gehen Sie zum Verkehrsamt und melden Sie sich als Mitglied des Heimatvereins an. Sie erhalten dort für Ihre Bekannten weitere Anmeldeformulare. — Das Verkehrsamt ist zu weiteren Auskünften bereit und nimmt auch Anregungen gern entgegen.

Jeder in Soest und in der Börde kann stolz sein auf die Geschichte und Kultur seiner Heimat und darauf, daß Soest auch heute noch überall im deutschen Lande gekannt und geschätzt wird. Jeder muß darum daran mitarbeiten, den Heimatgedanken lebendig zu erhalten und die Heimat unserer Jugend nahezubringen.

Was Du ererbt von Deinen Vätern hast
Erwirb es, um es zu besitzen.

Der Heimatverein wird sich freuen, demnächst neue Mitglieder und Freunde begrüßen zu können. —

Die nächste Monatsversammlung ist am Dienstag, den 7. November, 20,30 Uhr im Hotel Overweg.

Der Vorstand des Vereins Heimatpflege:
Clarenbach. Dr. Schwartz. Jüsten.
Jos. Wübbecke. Hilse.

Mit voller Kraft aber muß heute jeder Bauer an seiner Stelle daran arbeiten, Haus und Hof für seine Familie zu erhalten und seinen Volksgenossen Brot und Arbeit zu geben. Alle körperlichen und geistigen sind dazu einzusetzen. Die geschulten Kräfte sind dabei aber wirksamer als ungeschulte. Die Anforderungen an den Bauer sind heute sehr hoch gestellt. Der Tüchtigste ist heute zum Bauern gerade gut genug. — Für die theoretische Ausbildung der Bauernsöhne erfreuten sich bisher die Landw. Schulen stets wachsender Beliebtheit, weil sie den Bedürfnissen der bäuerlichen Betriebe am besten angepaßt sind. Durch ständige Verbindung mit der Praxis können sie in der verhältnismäßig kurzen Zeit von zwei Winterhalbjahren die erforderlichen theoretischen Kenntnisse vermitteln. Auch die Erziehung des bäuerlichen Nachwuchses zum Bürger des neuen Staates wird ihnen nunmehr obliegen. Ueber Lehrplan, Schulgeld usw. ist alles Nähere bei der Bauernschule in Soest zu erfahren. Darum versäume kein Bauer, seinen Sohn zur Bauernschule zu schicken.

Wer seinen schulpflichtigen Sohn noch nicht angemeldet hat, besorge die Anmeldung umgehend!

Der Zusammenschluß vollzogen

Am Sonnabend, den 14. Oktober 1933, abends 8 Uhr, traten die Vorstände der beiden Vereine „Reichsbahn-Turn- und Sport-Verein Soest und „Jahn" Soest 1888" zusammen, um in gemeinsamer Sitzung den Zusammenschluß der beiden Vereine zu vollziehen. Die Vereinigung erfolgte im Sinne des Reichssportführers des Deutschen Reiches, zur Pflege der wahren Volksgemeinschaft im dritten Reiche.

Die Sitzung fand statt im Heime des Eisenbahn-Vereins Soest im Seitenflügel des Gebäudes des Reichsbahnhofes.

Der Führer des Reichsbahn-Turn- u. Sportvereins Soest, der Sportsfreund Stoltefuß, hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Er beglückwünschte den Vorstand des Turnvereins „Jahn" Soest zur Bekundung ihres Willens zur treuen Mitarbeit. Er machte die Erschienenen auf die wahrhaft männlichen Worte unseres unvergeßlichen Führers und Staatsmannes Adolf Hitler aufmerksam und unterstrich die Bedeutung des geschichtlichen Momentes, die durch die echten, deutschen kernigen Worte ein Tatbekenntnis gegen die Verleumdung der anderen Mächte darstellten.

Er sprach am Schlusse der Ausführungen die Hoffnung aus, daß durch dieses Bündnis eine Basis geschaffen sei, die es ermögliche, den Sport als Selbstzweck auszuüben, im Sinne der Volksgemeinschaft und Volksverbundenheit. Er ermahnte nicht zu erlahmen in dem Bestreben, die Jugend zu erziehen, im Sinne unseres obersten Führers. Seine Worte klangen aus in einem dreimaligen Sieg Heil! in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Dann schritt man zur Erledigung der Tagesordnung. Die Umgruppierung des Vorstandes erfolgte im paritätischen Sinne. Da die Versammelten einstimmig den Führer des Reichsbahn-Turn- und Sportvereins zum Führer des neuen Vereins bestimmten, nahm dieser die Wahl an. Er bestimmte seine Mitarbeiter. 2. Vorsitzender wurde Sportfreund Fritz Peus.

Der Name des neuen Vereins ist **„Reichsbahn-Turn- und Sportverein Jahn Soest."**

Nachdem unter Verschiedenes noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, schloß der Führer mit den Worten der Ermahnung, in treuer Hingabe für den Sport nicht zu erlahmen und die Verbundenheit immer inniger zu gestalten, mit einem dreimaligen Sieg Heil auf den deutschen Sport, die Versammlung.

Herausforderungskampf des Soester Schachvereins

Die mehrfachen Hinweise des Soester Schachvereins auf die Bedeutung des Schachspiels im Rahmen der Schachwerbewoche haben eine gewisse Wirkung nicht verfehlt. Eine Anzahl junger Schachinteressenten hat sich gemeldet und der Soester Schachverein kann hoffen, daß auch sein Herausforderungskampf am Mittwoch eine angemessene Beteiligung findet.

Damit restlos alle erfaßt werden, die am Schachspiel Interesse haben, wird nochmals mitgeteilt, daß dieser Herausforderungskampf am Mittwoch abend im Saale des Central-Hotels zu Soest stattfindet. Der Anfang der Veranstaltung ist auf 8 Uhr festgesetzt, der Anfang des Schachkampfes um 8,30 Uhr. Damit nicht ein Mangel an Spielmaterial eintritt, werden alle Freunde und Anhänger gebeten, nach Möglichkeit ein eigenes Schachspiel mitzubringen.

Die Parole heißt also:
Am Mittwoch abend alle Schacher u. Schachfreunde auf zum Zentral-Hotel. Schach Heil!

★

:=: **Personalie.** Reichsbahnobersekretär Hugo Schupp wurde von Soest nach Kassel versetzt.

(!) **Der Schachwerbeabend** des Soester Schachvereins findet nicht im Hansa-Saal bei Topp, sondern im Zentral-Hotel statt. Im letzten Augenblick mußte aus besonderen Gründen ein anderes Lokal gewählt werden.

(!) **Achtung! Markt-, Obst-, Gemüsehändler.** Zur Bestimmung einer Obst-, Gemüse- und Markthändlerfachschaft findet am Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Gasthof Bärenfänger eine Versammlung statt. Erscheinen ist Pflicht, da in Zukunft nur der sein Gewerbe ausüben kann, der Mitglied dieser Fachschaft des Verbandes ambulanter Gewerbetreibender ist. Das Referat übernimmt Gauleiter Landwehr, Herne.

Wenn jeder gibt, wird jeder haben!
Spendet für das Werk der Winterhilfe.

Gute Möbel
sehr preiswert bei
Ferdinand Schnettler, Soest
Werkstätte für sämtl. Tischlerarbeiten.
Besichtigen Sie meine Ausstellung
Osthofenstraße 6.
Entgegennahme
von Ehestands-Darlehen.

)!(**Altdeutsche Trachtenspiele** wurden gestern abend in 50 bunten musikfreudigen und gesanglichen Bildern in der Lichtburg gezeigt. Wein, Weib und Gesang! Bunte Trachten aus deutschen Gauen und Gilden, aus alter guter Zeit! Anmutige, unaufdringliche Mädel und Burschen, die ungekünstelt auf den Brettern in Wort, Spiel und Gesang die Besucher von der Donau bis zum Rheine führten in netter, humorvoller und abwechselungsreicher Unterhaltung. Ein frohes Farbenspiel von Trachten, Uniformen u. sprudelnder Lebendigkeit und leichtbeflügeltem Tanz, mit munteren, heiteren und ernsten Gesängen. Den Veranstaltern hätten wir für das wahrhaft nat. Spiel ein volles Haus gewünscht. Leider war der Besuch für die köstlichen Darbietungen nur schwach. — Ein Lob verdient auch Kapellmeister Schmitt mit seinen Künstlern, der Tänze und Gesänge exakt begleitete.

)!(**Kurzschriftverein Soest.** Auf die heute um 20,30 Uhr bei Wipker stattfindende außerordentliche Generalversammlung sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Wegen der Wichtigkeit der Versammlung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Satzungs- u. Namensänderung des Vereins, Wahl des neuen Ortsgruppenleiters, Ernennung der übrigen Mitglieder der Ortsgruppenleitung und ein kurzer Vortrag über das Thema: „Die Kurzschrift und ihre Organisation im Dritten Reich". Alle Soester Stenographen, die dem Verein nicht angehören, sind ebenfalls herzlich eingeladen. (Siehe auch Inserat).

(!) Die Lose der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie der 1. Klasse müssen bis Dienstag, den 17. Oktober erneuert werden.

?:? **Ausbildungslehrgang für Säuglings- u. Kleinkinderschwestern (-krankenpflegerinnen.)** Wie uns die Pressestelle des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen mitteilt, beginnt am 2. Januar 1934 in der Landesfrauenklinik Bochum ein zweijähriger Ausbildungslehrgang für Säuglings- und Kleinkinderschwestern (krankenpflegerinnen). Gesuche um Zulassung zu dem Lehrgang sind baldigst dem Landeshauptmann in Münster i. W. einzureichen, von dem auch die Aufnahmebedingungen gegen eine Gebühr von 50 Pfg. bezogen werden können.

Unerhört

Das Arbeitsamt Lüdenscheid schreibt uns: Ein Ladenbesitzer an einer sehr verkehrsreichen Straße in Lüdenscheid hatte in diesen Tagen eine Aenderung seiner elektrischen Lichtanlage durch einen Schwarzarbeiter ausführen lassen. Die Anlage wurde unvorschriftsmäßig ausgeführt und auch unvorschriftsmäßiges Material dazu verwendet. Durch diese unsachgemäße Arbeit hatte die Anlage Erdschluß erhalten, der sich durch ein Gasrohr einen Weg in einen auf dem Bürgersteig befindlichen Fußrost gesucht hatte, mit dem die Fußgänger in Berührung kamen. Hierdurch wurde der Fußrost elektrisiert, so daß Menschenleben gefährdet wurden.

Obgleich vom Arbeitsamt immer wieder auf das Gefährliche der Beschäftigung von Schwarzarbeitern hingewiesen worden ist, ist doch wieder dieser Fall vorgekommen. Natürlich werden Auftraggeber wie Schwarzarbeiter entsprechend bestraft werden. Es ist zu traurig, daß es immer noch Arbeitgeber gibt, die die Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchkreuzen. Es ergeht nochmals die dringende Mahnung an alle,

Arbeiten nur an das selbständige Handwerk zu vergeben.

Wie dieser Fall zeigt, sind gerade Schwarzarbeiter im Elektro-Installateur-Gewerbe besonders gefährlich. Sie können die verderblichsten Folgen nicht nur für die Beteiligten, sondern auch für Unbeteiligte haben. Daher dürfen alle elektrischen Arbeiten nur einem bei einem Elektrizitätswerk zugelassenen Elektro-Installateur übertragen werden.

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Bad Sassendorf, 17. Oktober. **Jungvolk in der H. J.** Mittwoch, den 18. Oktober 1933, tritt das gesamte Jungvolk Sassendorf um 17,15 Uhr auf dem Schulhof der evangelischen Schule an. Erscheinen ist Pflicht.

Fahnenweihe

der Stürme 16 Östönnen und 17 Schwefe in Östönnen.

Am vergangenen Sonntag wurden auf der Festwiese des Reitervereins Östönnen die Fahnen der Stürme 16 Östönnen und 17 Schwefe geweiht. Bereits um 6 Uhr begann der Festtag durch Böllerschießen und allgemeines Wecken. Um 10 Uhr trat die SA Östönnen zum gemeinsamen Kirchgang an. Daran anschließend konzertierte von 11—12 Uhr die Kapelle des Sturmbannes II der Standarte 219 am Denkmal. Um 1 Uhr formierte sich dann der Sturmbann II u. die eingeladenen Stürme auf der Festwiese, wo in Abwesenheit des Standartenführers, Sturmbannführer Naujokat die Weihe der Sturmfahnen vornahm. Der Redner verpflichtete die Bannerträger zu treuer Gefolgschaft und Treue zur Fahne. „Rot sei das Zeichen des Kampfes, Schwarz das Zeichen des Sieges und Weiß das Zeichen der Treue". Nie dürfe sich ein Fahnenträger die Fahne aus der Hand reißen lassen, es sei denn, er fällt. Pflicht, Disziplin und Treue, das seien die Tugenden, die der Führer vom SA-Mann verlange. Mit dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes schloß der Weiheakt. In Dreier-Kolonnen marschierte dann die SA durchs Dorf mit anschließendem Vorbeimarsch am Sturmbannführer und seinem Stab. Im überfüllten Festzelt führte Kreisleiter Schnell, nachdem Sturmführer Franz die erschienenen Gäste begrüßt und der SA für ihr zahlreiches Erscheinen bedankt hatte, in seiner Rede etwa folgendes aus:

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Heute ist ein Ehrentag für die SA. Dieser Ehrentag hat wenig damit zu tun, ob sie im Gleichschritt durch die Straßen marschieren, nein, es ist der Tag an dem die Stürme 16 und 17 geweiht werden. Es ist für euch SA-Männer die Blutfahne, der ihr treu ergeben seid bis zum Tod. Wie draußen im Felde der Fähnrich seine Fahne verteidigte bis zum Tode, so müsse es heute der SA-Mann tun und wenn das der Fall sei, wäre es erst der echte SA-Mann. — Der Kampf ist noch nicht vorbei. Wenn die Zeit kommt, dann beweise, ob du Nationalsozialist bist. Wenn du die Zeiten der Zeit erkannt hast, dann mußt du zugeben, daß es heute nichts anderes geben kann, als das Hakenkreuzbanner. — Ehre auch der schwarz-weiß-roten Fahne, unter der wir 1914 als Nationalsozialisten in den Krieg zogen. Unser Führer hat gesagt, es gibt nur eins, Deutschland und der Nationalsozialismus, dem wir treu bleiben. Mit dem Internationalismus ist es endgültig vorbei. Begeistert sangen die Anwesenden dann das Deutschland- u. Horst-Wessel-Lied. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Zur Verschönerung des Festes trugen der B. d. M., der mit altdeutschen Reigen und Volkstänzen aufwartete, und der Reiterverein bei. — Besonderen Beifall fand die Sprungquadrille in Uniformen der alten Armee unter der Leitung des Reitlehrers H. Mawick. — Allgemein wurde dann auch die Feldküche begrüßt, die nach den Anstrengungen für das leibliche Wohl der inzwischen hungrig gewordenen SA-Kameraden Sorge trug. — Bei Konzert und deutschem Tanz fand dann die so würdig verlaufene Feier ihren Abschluß. —

Westönnen, 17. Oktober. Der Hauptlehrer Deimel aus Westönnen, der sich bis gestern in Schutzhaft befand, wurde auf Veranlassung des Landratsamtes in Soest im Einverständnis mit der Kreisleitung der NSDAP. aus der Schutzhaft entlassen. D. hat für den Ort Westönnen Aufenthaltsverbot.

Dinker, 17. Oktober. **Hitlerjugend marschiert in Köln am 14. und 15. Oktober 1933.** Gegen 10 Uhr fuhren wir mit unserm Rade von Dinker ab und trafen in Soest noch 11 Kameraden der Gefolgschaft Stocklarn. An der Plange-Mühle bestiegen wir als Unterbann 1 mit 47 Mann ein herrliches Postauto und fuhren auf Werl zu. Wir kamen in gute Stimmung. Frohe Weisen erklangen. Unser Weg ging durch das Industriegebiet, das sich im rosigen Morgenlicht zeigte. Wir kamen an der Hohensyburg vorüber und durch das Bergische Land und erreichten Deutz, wo wir längeren Aufenthalt nahmen und einige Fußballspiele gegen rheinische Jungens ausfochten. Kokosnüsse zu 20 Pfg. erfrischten uns. Ein jeder erhielt seine Plakette. Lastwagen auf Lastwagen kam. Es sammelte sich der ganze Oberbann. So fuhren wir in Köln ein, während sein Dom bereits lange Schatten warf. Ein großer Pferdestall wurde uns als Quartier angewiesen. Wir bekamen noch Fackeln. Nach dem Abendbrot legten wir uns ins Stroh und schliefen ein. B. d. M. ruhte in der großen Messehalle. Kurz nach 4 Uhr war großes Wecken. Wir marschierten durch die Stadt. Auf den Rheinwiesen oberbannweises Antreten, auch B. d. M. marschierte auf. Dann ging es wieder durch die Stadt und weit hinaus zum Stadion, prächtige Trommlerkorps voran mit klingendem Spiel. Wir machten Halt. Allerlei Erfrischungen wurden angeboten. Wir frühstückten. Aber bald schon war es Mittag geworden. Die Glocken von Köln läuteten. Fröhlich traten wir zum Essenholen an. Große Enttäuschung, als es angesetzte Erbsensuppe mit Wursteinlage gab. Wir turnten indes mit Galgenhumor darüber hinweg. Gut, daß uns Mutter so herrlich versorgt hatte. Von der Jahnkampfbahn, wo Marinejungen uns den Weg wiesen, marschierten wir ab. Im Paradeschritt, an Baldur von Schirach vorbei, gings gerade auf den Dom zu. Wir bestiegen unser Auto. Ein letzter Gruß dem Vater Rhein! Alles jubelte uns zu! Fröhliche Heimfahrt! —

Münster, 17. Oktober. **Für einen Nationalsozialisten eine Selbstverständlichkeit.** Der Vorsitzende des Provinzialausschusses, Abgeordneter Stürtz, teilte in der Sitzung des Provinzialausschusses am 13. ds. Mts. dem Provinzialausschuß mit, daß der neugewählte Landeshauptmann, Pg. Kolbow, als richtiger Nationalsozialist und entsprechend dem Vorbild des Führers sich verpflichtet habe, den Teil seines Gehaltes, der den Monatsbetrag von 1000 Rm. übersteigt, einem Fond zu überweisen, der zur Erziehung von Kindern unserer gefallenen westfälischen SA- und SS-Kameraden verwandt werden soll.

Werl, 16. Oktober. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters tagte heute die Amtsversammlung des Amtes Werl. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende den Herrn Kreisleiter, sowie den Herrn Kreisausschußinspektor Sievert als Vertreter des Herrn Landrats, der am Erscheinen verhindert war. Weiter brachte die Amtsversammlung des Amtes auf Anregung des Vorsitzenden ein dreifaches „Sieg Heil" auf den Herrn Reichskanzler als Förderer des wahren Weltfriedens und Schirmherr deutscher Ehre aus. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und beschlossen wie folgt:

1. Verfügung des Herrn Landrats in Soest vom 3. 10. 33 betr. Einleitung von Verhandlungen wegen der Verwaltung von Stadt und Amt Werl in Personalunion.

Die Amtsversammlung lehnte es einstimmig ab, den erforderlichen Antrag auf einer Personalunion zwischen Stadt und Amt Werl zu stellen, da eine solche Personalunion bei der Fülle der Arbeiten und den nicht gleichlaufenden Interessen beider Kommunen die durchaus gesunden Finanzen des Amtes Werl nur schädigen könnten. —

2. Anlegung einer Warmwasseranlage für die Büroräume im Amtshause.

Die Anlage wurde beschlossen. Der Auftrag zur Ausführung wurde dem Klempnermeister Anton Brinkmann in Büderich erteilt auf Grund seines Angebotes vom 26. v. Mts. — Nach Erledigung einiger Punkte von geringerer Bedeutung wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Schöffengericht Hamm
3 Jahre Zuchthaus,
1 Jahr Gefängnis für zwei schwere Einbrüche

Sühne für die Einbrüche bei Furchert u. Wesche.

Aus der Untersuchungshaft bezw. aus dem Zuchthaus vorgeführt, hatten sich die Bergleute Kranz und Struck vor dem Hammer Schöffengericht wegen der schweren Einbrüche zu verantworten, die im Dezembermonat des vergangenen Jahres bei dem Optikergeschäft Wesche und dem Sportartikelgeschäft Furchert in der Brüderstraße ausgeführt wurden. Besonders bei Struck handelt es sich um einen schweren Jungen, der der Soester Polizei sehr bekannt ist, weil er sein „Tätigkeitsfeld" wiederholt in Soest hatte, aber auch Kranz, der jüngere der beiden Angeklagten, ist kein Neuling vor Gericht mehr, auch er ist einschlägig vorbestraft.

Beiden wurden insgesamt vier schwere Einbruchsdiebstähle und ein Fahrraddiebstahl zur Last gelegt, sie konnten jedoch nur wegen der beiden Einbrüche in der Brüderstraße bestraft werden, da sie die anderen Taten abstreiten und sie ihnen nicht nachzuweisen sind. Kranz war in diesen beiden Fällen geständig, Struck leugnete, wurde aber durch die Beweisaufnahme überführt.

In der Aldegreverstraße war eine Baubude aufgebrochen und aus dieser eine Aktentasche u. ein Brecheisen gestohlen worden. Den Angeklagten ist diese Tat nicht nachzuweisen, sie haben aber die bei den Einbrüchen in der nahen Brüderstraße benutzte Leiter in der Nähe der Baubude mitgenommen. Diese lehnten sie an die Rückseite der Wand und stiegen nach dem Eindrücken eines Fensters in das Optikergeschäft Wesche ein. Auf dieses war der Einbruch nicht in erster Linie abgesehen, weshalb man hier auch nur einige Kleinigkeiten mitnahm. Vielmehr wollte man von hier aus in das Sportartikelgeschäft von Furchert gelangen. Man erbrach von dem Geschäft Wesche aus eine Tür und drang dann in das Furchert'sche Geschäft ein. Hier wurden eine größere Menge Schuhe, mehrere Paar Stiefel, Trainingsanzüge usw. gestohlen.

Zunächst hatte man keine Spur von den Tätern. Diese haben sich dann aber in Hamm selbst verraten. Kranz besuchte hier, mit einem großen Paket beladen, die Städtische Badeanstalt. Es fiel auf, daß er sich nach dem Bade vollständig neu eingekleidet hatte. Er gab dann ein Paket zum Aufbewahren ab. Die Verwaltung der Badeanstalt benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei. Als nun kurz darauf Struck erschien und das Paket abholen wollte, wurde er verhaftet. Bei Oeffnung des Paketes und bei den sofort vorgenommenen Haussuchungen wurden Gegenstände, die aus den Einbrüchen herrühren gefunden. Bald konnte auch Kranz verhaftet werden. Er gab die Täterschaft zu und bezeichnete auch Struck als seinen Mittäter.

Das Gericht versagte Struck wegen seiner erheblichen einschlägigen Vorstrafen mildernde Umstände und verurteilte ihn zu **drei Jahren Zuchthaus,** Kranz kam unter Bewilligung mildernder Umstände mit einer **Gefängnisstrafe von einem Jahre** davon.

Jagdfrevel und unbefugter Waffenbesitz.

Der landwirtschaftliche Arbeiter R. aus der Soester Börde hatte bei mehreren Soester Wirten Rehkitzchen zum Verkauf angeboten. Die Polizei nahm ihn unter die Lupe und fand bei der Haussuchung eine Armeepistole. Ferner wurde festgestellt, daß R. drei Füchse in Fallen gefangen und verkauft hatte. Vor Gericht machte er den Unschuldigen. Das Gericht war aber der Ueberzeugung, daß er gewerbsmäßig Jagdfrevel verübt hat und glaubte ihm auch nicht, daß er die Armeepistole nur deshalb für 3 Mark von einem Schweizer gekauft habe, um sie abzuliefern. Vielmehr nahm man an, daß er die Waffe bei seinen Jagdfahrten habe verwenden wollen. Wegen gewerbsmäßigen Jagdvergehens und Uebertretung des Schußwaffengesetzes und der Notverordnung des Reichspräsidenten wurde er zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt und die Einzelstrafen zu einer **Gesamtstrafe von 4 Monaten Gefängnis** zusammengezogen.

Volkskultur und Arbeitseinkommen

An dem Willen der nationalsozialistischen Führer, für alle deutschen Volksgenossen Arbeit zu beschaffen, zweifelt heute niemand mehr. Selbst die Gegner nicht. Auch jene Zweifler werden immer weniger, welche an die **Möglichkeit einer völligen und dauernden Ueberwindung der Arbeitslosigkeit** einfach nicht glauben können oder wollen. Aber ein anderer Unglaube macht sich da und dort noch breit. Er ist entweder böse Absicht oder nur Unverständnis gegenüber dem Wesen und den Zielen des Nationalsozialismus. Ja, sagen diese Zweifler, Arbeit werdet Ihr allen beschaffen — **aber mit welchem Lohn!** Und wenn schon nicht an dem felsenfesten Willen gezweifelt wird, dem schaffenden Deutschen ein ausreichendes Arbeitseinkommen zu sichern, doch an der Möglichkeit.

Ein großer, bedeutungsvoller Erfolg der nationalsozialistischen Regierung hinsichtlich des deutschen Arbeitseinkommens ist jedoch heute schon festzustellen. **Das unaufhaltsame u.** schnelle **Abwärtsgleiten der Löhne und Gehälter** wurde

Dachpappe, Carbolineum, Teere

Paul Piel, Soest W.,

Telefon 165 Grandweg 67

Sämtliche technischen Öle und Fette

Grit hat die Auswahl . . !

50 Roman von Siegfried Bergengruen

Dem soeben noch sehr stolzen Rosenkranz tritt der Angstschweiß aus den Poren.

„Wie meinen Sie das — —?" sagt er und fürchtet gleichzeitig, daß seine Stimme zu unfreundlich geklungen haben könnte.

„Ich meine, daß es für einen Mann wie Sie wirklich nicht schwer sein dürfte, einer Frau, die soeben ihr ganzes Vermögen verloren hat, ein Drittel des Wechsels für einige Zeit zu stunden!"

Vor Anton Rosenkranz' Augen beginnt es zu schwimmen. Krampfhaft greift er mit den Händen nach den Seitenlehnen seines Sessels.

„Aber wieso denn ein Drittel?" keucht er, außer sich. „Wieso denn, ich habe doch der russischen Fürstin den ganzen Wechsel überlassen."

„Das soll also heißen, daß Sie das Akzept weitergegeben haben, Herr Rosenkranz? — Dann tut es uns leid, daß wir Sie bemüht haben. Dürfen wir den Namen der — wie sagten Sie noch? — der Russin erfahren — —?"

Aber nun ist auch Rosenkranz am Ende. Er springt auf und brüllt Hubert ins Gesicht:

„Ja, zum Donnerwetter, Herr, wollen Sie mich denn zum Narren halten? Ich habe der Komtesse Isolany doch den Wechsel durch die russische Fürstin oder Baronin — was weiß ich, was sie war — geschenkt! Ich hätte es ja sowieso getan, aber die Fürstin meinte, daß der Weg über sie — — sicherer wäre. Daß sonst womöglich Komtesse Isolany mein Anerbieten ablehnen würde — —"

Hubert Schlegel hat in seinem Leben nicht oft ein dummes Gesicht gemacht, aber nun macht er es nach allen Regeln der Kunst. So etwas ist ihm doch noch nicht vorgekommen. Gleichzeitig aber durchzuckt ihn ein furchtbarer Gedanke. Diese sogenannte russische Fürstin oder Baronin ist niemand anders als Jelsena Borisowna Alantai! Morgen wird sie den letzten tödlichen Schlag gegen Grit versuchen. Obwohl durch den plötzlichen Tod des alten Dunker ihr Spiel auf jeden Fall durchkreuzt wurde, obwohl es in jeder Beziehung zu spät ist! Nur um Grit noch einmal einen letzten bitteren Streich zu spielen, sie finanziell völlig zu ruinieren! Das darf und wird niemals geschehen!

Er streicht sich über die Stirn, als wollte er etwas fortwischen, im gleichen Augenblick ist auch sein Gesicht wieder liebenswürdig wie gewöhnlich:

„Entschuldigen Sie das Mißverständnis, Herr Rosenkranz. Aber Sie scheinen hier einer falschen Fürstin in die Hände gefallen zu sein. Komtesse Isolany hat bis zu dieser Stunde weder ihren Wechsel zurückerhalten, noch ahnt sie etwas von Ihrem Geschenk. Leben Sie wohl, Herr Rosenkranz und haben Sie einen schönen Dank für Ihre Bemühungen. Wir wissen, daß es nicht Ihre Schuld war, wenn die Sache schief ging."

So also liegt die Angelegenheit. Draußen nimmt Hubert Schlegel beide Hände der völlig verstörten, entsetzlich blassen Grit in die seinen:

„Fahren Sie jetzt nach Tempelhof, Grit, und warten Sie, bis ich Ihnen Nachricht gebe. Alles weitere überlassen Sie mir. Ich werde diese Sache mit dieser Fürstin schon in Ordnung bringen!"

„Aber Hubert, Sie wissen doch noch gar nicht, wer — —"

„Sie sollen nicht fragen, Grit. Fahren Sie nach Tempelhof. Spätestens bis heute abend ist der Wechsel in Ihrem Besitz. Genügt das? Und pumpen Sie mir bitte bis auf weiteres den Laubfrosch."

Dieser Hubert Schlegel hat zwar, wie berichtet wurde, vor kurzem ein sehr dummes Gesicht gemacht. Aber es ist dafür ein um so klügerer und umsichtiger Mensch. Während er im Laubfrosch, so weit er den alten, wirklich schwer strapazierten Motor noch auf Touren bringen kann, durch die Straßen rast, überprüft er seine Chancen. Und siehe da, er findet, sie stehen nicht schlecht.

Zugegebenermaßen: diese schwarze Russin Jelsena Borisowna Alantai, die unter dem Deckmantel einer Fürstin fremde Wechsel erschwindelt oder Jockeis zu Betrügern macht, ist eine durch und durch rabiate Person. Aber schließlich war sie rabiat aus Liebe, Eifersucht, Rachgier. Eigenschaften, die temperamentvollen Menschen von Fleisch und Blut häufig eigen sind. Diese Ueberlegung ändert die Sache ein wenig.

Das Hotel ist erreicht, die Bremsen kreischen. Hubert Schlegel wendet sich an den Geschäftsführer:

„Fräulein Dr. Alantai im Hause?"

„Bedaure unendlich, mein Herr, das Fräulein Doktor ist vor einer halben Stunde ausgegangen. Wohin, leider unbekannt. — Ja, bitte, das Telephon ist drüben!"

Blitzschnell hat Hubert Schlegel überlegt.

Womöglich ist sie in der Pension Ziegel bei Maude!

Rasch hebt er den Hörer ans Ohr. Drüben meldet sich nach einer kleinen Weile Alma.

Ob das Fräulein Doktor dort sei? — Gewiß, sie sei vor zehn Minuten gekommen! Die Damen nehmen gerade den Kaffee im Salon von Miß Patterson.

Eines ist klar, es muß schnell gehandelt werden. Wenn Anton Rosenkranz sich an die Polizei wendet und womöglich auch die Sache mit Brown, der kürzlich in seinen Fieberphantasien bereits allerlei Kompromittierendes für Jelsena geschwatzt hat, an die große Glocke kommt, ist die Russin unfehlbar verloren. Allerdings, diese Frau ist eine Katze, nicht so leicht zu fassen wie die naive, ängstliche Maude. Nun, man wird sehen — —!

„Ich habe eine Bitte an Sie, Maude", sagt er nach der Begrüßung. „Lassen Sie mich für fünf Minuten mit Jelsena Borisowna allein. Ich möchte ihr eine Liebeserklärung machen — —"

Maude macht neugierige Augen, aber sie fügt sich und schlüpft hinaus.

„Was willst du?" sagt Jelsena — sie duzen sich seit jenem Abend in der „Barberina", wenn sie allein sind — und sieht ihn mißtrauisch an.

„Daß du sofort nach Rußland gehst, mein Liebling", erwidert Hubert Schlegel gleichmütig und nimmt eine Zigarette.

Die dunklen Brauen Jelsenas zucken zusammen und verschmelzen zu einem einzigen schwarzen Strich.

Lauernd:

„Und was steckt dahinter?"

„Erstens die Erkenntnis, daß eine Frau deines Schlages in sowjetrussische Verhältnisse sicher besser hineinpaßt, als in unser friedliches Deutschland. Zweitens dürfte es auch aus persönlichen Gründen für dich ratsam sein, Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen."

„Wieso?"

„Ein gewisser Jockei Brown soll im Fieber viel von dir, der Stute Sbyll, Grit Isolany, dem Deutschen Derby und einem größeren Betrag erzählt haben. Du verstehst mich doch?"

„Der Schuft!"

„Ferner erstattete vor kurzem ein gewisser Herr Rosenkranz aus Friedenau Anzeige gegen eine gewisse falsche russische Fürstin, die ihm unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Wechsel der gleichen Grit Isolany abgeschwindelt hat."

Jelsena wird sehr blaß, ihre Hände ballen sich zu Fäusten.

„Woher weißt du das alles?"

„Aus dem Munde der Männer, von denen ich dir erzählte."

„Du hast mich also bespitzelt?"

„Vielleicht!"

„Du wolltest mich zugrunde richten, weil auch du in dieses blonde Gift, diese Grit Isolany, verliebt bist!"

Mit einer blitzschnellen Wendung greift sie nach ihrer Handtasche.

Aber Hubert Schlegel ist schneller, noch ehe ihre Fingerspitzen den kleinen Browning berührt haben, umschließt seine Faust eisern ihr Handgelenk und drückt es zurück.

(Schluß folgt.)

mit kraftvoller Hand aufgehalten. Jeder kann sich leicht ausmalen, was geworden wäre, wenn diese unheimliche Abwärtsbewegung weiter angehalten hätte. Nur der Nationalsozialismus konnte das leisten. Das Abgleiten der Löhne und Preise wird auch weiterhin mit allen Mitteln verhütet werden. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hat das jüngst wieder in einer Rede bekräftigt und eiserne Disziplin aller Volksgenossen in dieser Hinsicht gefordert.

Das gegenwärtige Niveau des deutschen Arbeitseinkommens ist selbstverständlich ungenügend. Jetzt aber befinden wir uns mitten in der größten Arbeitsschlacht der Weltgeschichte. Alle Kräfte und Energien haben sich auf den Sieg der Deutschen Arbeitsfront über die Arbeitslosigkeit zu konzentrieren. **In der Beschränkung zeigt sich der Meister.** Erst diese eine große Aufgabe erfüllen, dann kann die nächste große Schlacht begonnen werden. Wenn da und dort durch freiwillige Vereinbarungen das Arbeitseinkommen **ohne Schaden für den unerbittlichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit** erhöht werden kann, um so besser.

Eines nach dem anderen, nach der Beseitigung der Not der Arbeitslosigkeit der Angriff gegen die Not des zu geringen Arbeitseinkommens. Das ist der Wille des Führers und aller seiner Mitkämpfer. Adolf Hitler hat erst wieder in einer seiner weltanschaulich packenden und tiefschürfenden Rede **gegen die Bedürfnislosigkeit und Primitivität** gesprochen, weil diese den Bolschewismus fördern. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat in seiner grundlegenden und richtungweisenden Rede über den Ständischen Aufbau und die Deutsche Arbeitsfront genau umschrieben, was als Mindesteinkommen des schaffenden Deutschen zu erstreben ist. Darüber hinaus haben auch die übrigen Führer der nationalsozialistischen Bewegung und der Deutschen Arbeitsfront keinen Zweifel an dem felsenfesten Willen gelassen, dem deutschen Arbeitsmenschen zu geben, was ihm gebührt.

Wenn wir eine allgemeine Erhöhung des Arbeitseinkommens wollen, so nicht deshalb, um die besonderen Interessen derer zu vertreten, die der Marxismus als Arbeiter bezeichnete. Wir wollen nicht diesen oder jenen Volksteil vertreten, sondern dem ganzen Volk helfen. Sehen wir über die Grenzen unseres Volkstums hinaus, so ist eines gewiß: Völker mit niedrigen Arbeitslöhnen stehen meist auf der niedriger Kulturstufe, leben und wohnen äußerst primitiv, unreinlich und unwürdig. Sie befinden sich in dem Zustand unerwachten Menschentums. Ein Volk kann auch danach beurteilt werden, wie es die Arbeit achtet und wertet. **Wo die Arbeit mißachtet und minder bewertet wird, kann sich auch kein starkes Nationalbewußtsein entwickeln oder halten.** Ein echter Nationalsozialist, welcher Macht, Freiheit und Kultur seines Volkes heben will, wird das durchschnittliche nationale Arbeitseinkommen mit allen Mitteln erhöhen helfen. **Erhöhung des Arbeitseinkommens ist ebenso eine nationale Tat,** wie sie eine sozialistische Tat ist, denn diese beiden Begriffe sind heute völlig unzertrennbar verbunden.

Wenn es eine sogenannte Weltgerechtigkeit gäbe, müßte die deutsche Arbeit und der deutsche Arbeiter in der ganzen Welt am höchsten entlohnt werden. Der deutsche Arbeiter ist anerkannt der tüchtigste und leistungsfähigste der ganzen Welt. Nach dem Leistungsprinzip verdient er auch das höchste Arbeitseinkommen. Er wurde aber bisher um seine Früchte betrogen, gerade durch einen falschen Internationalismus. Dem Nationalsozialismus fällt die Aufgabe zu, der deutschen Arbeit nicht nur innerhalb der eigenen Nation, sondern auch in der ganzen Welt die Stellung zu erkämpfen, die ihr gebührt. Das Wort **Deutschland über alles** soll künftig auch auf das deutsche Arbeitseinkommen angewendet werden. —

Marxismus und Materialismus wollten durch hohe Löhne ein Höchstmaß von Genuß u. materiellem Wohlleben. Dabei wollen wir ganz davon absehen, daß der Klassenkampf von vornherein selbst die Erreichung dieser materiellen Ziele unmöglich machte. Materieller Wohlstand um seiner selbst willen ist nicht unser Ziel. Ein möglichst hohes Arbeitseinkommen ist aber Voraussetzung dafür, daß alle deutschen schaffenden Menschen an unseren Kulturgütern teilnehmen können, daß eine neue u. bessere deutsche Volkskultur entstehen kann. Voraussetzung auch **für eine rassische und menschliche Hinaufpflanzung des deutschen Volkes.** Wir Nationalsozialisten werden darum nie das Ziel einer allgemeinen Hebung des Arbeitseinkommens aus dem Auge verlieren, wir wären sonst keine Nationalsozialisten. Je eher und je gründlicher die große Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit gewonnen wird, desto näher rückt auch die Verwirklichung jenes anderen großen Zieles, **durch die allgemeine Hebung des Arbeitseinkommens eine wahre deutsche Volkskultur zu ermöglichen.**

F. Mairgünther.

Wer dem Baugewerbe Arbeit schafft, fördert die Allgemeinheit

Das Kernstück des gewaltigen Wirtschaftsplanes, den die Reichsregierung mit dem Zweiten Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit veröffentlicht hat, bildet die Bereitstellung des Betrages von 500 Millionen RM. für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden. 500 Millionen Zuschuß bedeuten weitere 2 Milliarden Aufwendungen für die Bauwirtschaft. Warum soviel für die Bauwirtschaft? — Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt führte in seiner Rede zu dem Wirtschaftsplan aus, daß die Belebung der Bauwirtschaft die entscheidende Voraussetzung für einen allgemeinen Wirtschaftsaufstieg sei; die stärksten Anstöße für die Wiederbelebung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit gingen vom Baumarkt aus. Dies ist in der Tat ein alter Erfahrungsgrundsatz. Zu allen Zeiten und bei allen Völkern ging und geht immer die Bautätigkeit, soweit sich die Gesetze der Wirtschaft frei und ungehindert auswirken können, der Gesamtkonjunktur voraus. Sobald die Baukonjunktur sich der Depression zuneigt, steht die übrige Wirtschaft noch in der Hochkonjunktur, sie folgt dann aber langsam im Abstieg. Beginnt die Baukonjunktur sich wieder zu heben, so geht es auch wieder mit der übrigen Wirtschaft bergauf. Diese Gesetzmäßigkeit in der Wechselwirkung zwischen Bauwirtschaft und Gesamtwirtschaft liegt in der Natur des Baugewerbes als eines Schlüsselgewerbes begründet. Als Preußen nach dem siebenjährigen Kriege wirtschaftlich zerrüttet und bis auf den letzten Pfennig ausgesogen war, ging Friedrich der Große daran, zu bauen, in Schlesien, im Netze- und Warthebruch entstanden neue Dörfer und Siedlungen. Die Wirtschaft erholte sich, Preußen begann wirtschaftlich aufzublühen. So ist es auch heute. Die nationalsozialistische Regierung arbeitet bei allem, was sie tut, nicht vom grünen Tisch aus und nicht im luftleeren Raum, sie geht, und das ist eigentlich das Grandiose an ihr, in allen ihren Maßnahmen zurück zu den gesunden Grundlagen im Volk, zu den einfachsten Gesetzen der Wirtschaft. Auf diesen Fundamenten baut sie zielsicher auf und der Bau muß wachsen, die Wirtschaft muß sich erholen, die Arbeitslosigkeit muß verschwinden, weil es einfach keine andere Möglichkeit geben kann.

Aber eine Regierung kann nicht alles allein ausführen. Sie bedarf der Mitarbeit des Volkes; die Regierung weist den Weg, das Volk und jeder einzelne muß ihn gehen, muß mithelfen, daß das gewaltige Werk gelingt. Und so hat denn der Staatssekretär Pg. Reinhardt in seinen Ausführungen, die er vor Vertretern der Presse über den Wirtschaftsplan der Regierung gemacht hat, die Gebäudeeigentümer, die Hausbesitzer aufgerufen, daß sie so schnell wie nur irgend möglich ihren Antrag auf Zuteilung von Zuschüssen einbringen und mit der Vergebung von Arbeiten beginnen. Die 2,5 Milliarden sollen bis zum 31. März verbaut werden, sie sollen dazu dienen, in den kommenden Wintermonaten die in Arbeit befindlichen Volksgenossen durch den Winter zu bringen, sollen die Arbeitslosenziffer trotz des Winters auf den erreichten Stand festhalten, wenn nicht sogar noch senken. Dann soll im Frühjahr der dritte, vielleicht noch wuchtigere Angriff auf die Arbeitslosigkeit einsetzen, damit unser Volk endlich von dieser zersetzenden und zermürbenden Krankheit frei wird.

Die deutsche Handwerkswoche ruft alle Volksgenossen auf, Arbeiten an das Handwerk zu vergeben. Kein Hausbesitzer darf fehlen, das Baugewerbe rechnet mit seinem Auftrag, auch wenn er noch so klein sein sollte. Instandsetzungsarbeiten, Umbau- und Ausbauarbeiten sind Aufbauarbeiten für unser Volk.

Damenschneidereihandwerk u. Schwarzarbeit

Versteht man unter Schwarzarbeit diejenige gewerbliche Tätigkeit, die, ohne behördlich angemeldet zu sein, ausgeübt wird, so darf man getrost behaupten, daß das Damenschneidereihandwerk am meisten unter diesem Uebelstande zu leiden hat. Es gibt unzählige Frauen und Mädchen, die im Verborgenen ihr Handwerk betreiben u. für Kundschaft Kleidungsstücke anfertigen. Sie entrichten keine Steuern und zahlen keine Beiträge an die amtlichen Berufsvertretungen und Organisationen. Infolgedessen sind ihre allgemeinen Geschäftsunkosten wesentlich niedriger als diejenigen der ehrlich ihr Gewerbe betreibenden Handwerkerinnen und Handwerker. Und die weitere Folge ist, daß sie die Anfertigungspreise auf einen Stand hinunterdrücken, bei dem unter normalen Verhältnissen ein Auskommen nicht gefunden werden kann. Diese Schwarzarbeiter betrügen also den Staat um die ihm zustehenden Steuern und schädigen auf die empfindlichste Weise das ehrbare Damenschneidereihandwerk. Es kommt noch hinzu, daß es sich bei den Schwarzarbeitern in der Mehrzahl der Fälle um Frauen handelt, die das Handwerk nicht ordnungsmäßig erlernt haben. Sie haben sich einige oberflächliche Kenntnisse in kurzfristigen Kursen angeeignet und bilden sich nun ein, perfekte Schneiderinnen zu sein. Die Arbeit, die sie leisten, ist dann auch danach; es ist Pfuscharbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Gar zu leicht sind aber diejenigen, die bei diesen Schwarzarbeitern schlimme Erfahrungen gemacht haben, geneigt, die Schuld daran dem ganzen Schneiderinnenstand in die Schuhe zu schieben. So tragen die Schwarzarbeiter dazu bei, das Ansehen des gesamten Damenschneidereihandwerks in der Frauenwelt, die als Kundschaft in Frage kommt, herabzusetzen.

Das Damenschneidereihandwerk steht diesen unverantwortlich handelnden Schädlingen machtlos gegenüber, wenn es in seinem Kampf gegen diesen Mißstand nicht von allen Frauen unterstützt wird. Wenn wir wieder vorankommen wollen, muß die Schwarzarbeit mit Stumpf und Stil ausgerottet werden. Keine deutsche Frau darf ihre Kleidungsstücke bei einer Schwarzarbeiterin oder Pfuscherin arbeiten lassen! Sie hat die Pflicht, sich, ehe sie einen Auftrag vergibt, genau zu vergewissern, ob die Betreffende ihr Gewerbe angemeldet hat. Das kann sie bei der Damenschneiderinnung oder auf der Handwerkskammer erfahren. Wer nach wie vor zu Schwarzarbeiterin geht, leistet der Unredlichkeit und dem betrügerischen Handeln Vorschub.

Schwarzarbeit unter Anklage!

Die Schwarzarbeit ist eine Pest
Genau wie Ratten und Wanzen,
Sie gibt dem Handwerksmeister den Rest,
Sie dient niemals dem Wohl des Ganzen.
Die Schwarzarbeit selbst aus bitterster Not
Ist verwerflich auch für den Gesellen,
Sie gibt ihm wohl manchmal ein kärglich Brot,
Trotzdem kann er sein Haus nicht bestellen.
Denn Schwarzarbeit ist ein Selbstbetrug
Für den, der sie gibt und für den, der sie nimmt.
Nach seiner Meinung kriegt keiner genug,
Betrogen sind beide Teile bestimmt!
Du Auftragserteiler, bedenke es sehr,
Daß Schwarzarbeit dir kann nicht nützen.
Du bezahlst für reelle Arbeit zwar mehr,
Doch auf sie kannst allein du dich stützen.
Warum gehst du zum Arzt, stellt ein Leiden sich ein,
Und nicht zum Kurpfuscher hin?
Hier siehst du es ohne weiteres ein,
Nur ein wirklicher Fachmann hat Sinn!
Und bei deiner Arbeit, es liegt doch so klar,
Ist der Unterschied ebenso groß;
Schwarzarbeit sind Nieten immerdar,
Facharbeit — das große Los.
Auch zur Arbeit ein gutes Gewissen gehört,
Das Werkzeug sei ehrlich und rein!
Schwarzarbeit dahin, wo sie hingehört,
In den Mülleimer muß sie hinein!
Bewahr' deinen Stolz, du Geselle mein,
Nimm Schwarzarbeit niemals an!
Dann wird die Zeit nicht mehr ferne sein,
Daß ein Meister dich einstellen kann!
Volksgenossen, dir ihr Arbeit vergebt,
Schätzt die Facharbeit nach Gebühr;
Nur der Meister eure Wünsche versteht,
Weist dem Schwarzarbeiter die Tür!
Jetzt alle für einen! Schafft Arbeit her!
Auch der kleinste Auftrag tut not!
Solch Winterhilfswerk hoch und hehr
Gibt uns Rückgrat, Segen und Brot!

Hochschule und Handwerk

Vom Rektor der Universität Freiburg/Br., Professor Dr. Heidegger, wurde anläßlich des Deutschen Tischlertages in Freiburg/Br. folgendes ausgeführt:

Was hat die Universität mit dem Handwerk zu tun? Was die beiden miteinander zu tun haben, darüber lassen Sie mich Ihnen kurz drei Dinge sagen:

Das Handwerk wird in der künftigen Volksgemeinschaft wieder zu einer Kraft und Macht der Erziehung werden.

Die erzieherische Bedeutung des Handwerks muß sich dahin auswirken, daß der Zusammenhang des werktätigen, werkherstellenden Menschen mit der Natur wieder gewonnen wird, denn alles Handwerk ist angewiesen auf Stoff und Natur. Auch die Form der Natur muß wieder in das Handwerk hineingestellt werden. Das Schönste, Gehaltvollste und Geschmackvollste ist immer noch das Natürlichste; das, was Geschmack und Augenmaß der Natur abgelesen haben. So ist die Verbundenheit mit dem Stoff für den Handwerker, die Forderungen der Natur einwirken zu lassen auf seine Erfindungs- und Gestaltungsgabe.

Die zweite Erziehungsaufgabe des Handwerks ist die, daß der Handwerker künftig zum Mitgestalter unserer Umwelt werde. Vom Handwerk hängt es ab, ob die Stube, die Treppe, der Tisch geschmackvoll sind, ob echt oder unecht, sorgfältig gearbeitet oder schludrig. So wie die Gegenstände in der Umwelt der Volksgenossen sind, so werden diese selbst zu Geschmack, Echtheit und Sorgfalt oder aber zu Kitschigkeit, Unechtheit und Nachlässigkeit erzogen.

Die Werkstätte wird drittens wieder eine Stätte wirklicher Erziehung sein. Die Meister im Handwerk haben künftig große volkserzieherische und staatspolitische Arbeit zu leisten. Wir müssen wieder darauf dringen müssen, daß Sach- und Stoffkenntnis, Sorgfalt, Geschmack, Augenmaß und Plan Dinge werden, die dem jungen Menschen in Fleisch und Blut übergehen. Der Meister muß wieder wirklicher und echter Führer in seiner Werkstatt sein.

Nur wenn diese Meisterschaft wieder lebendig wird, kommen wir zu einer machtvollen Erziehung. Denn alle Erziehung durch bloßes Reden, Schreiben und Mahnen ist nutzlos; das Wesentlicher aller Erziehung ist das Vorbild und das Vormachen. Der Meister muß daher seinen Gesellen und Lehrlingen wieder vorhandeln.

So wird künftig im neuen Staat jedes Handwerk, jede Arbeit wieder ihren eigenen Sinn und ihr eigenes Gesetz bekommen. Die größte Geistesarbeit des größten Gelehrten und wissenschaftlichen Forschers bleibt bedeutungslos, wenn sie nicht den Weg zur Auswirkung in Volk und Staat findet. Aber auch das größte handwerkliche Können bleibt sinnlos, wenn es nicht im voraus getragen ist von wirklicher geistiger Planung, Ueberlegung, Augenmaß, Geschmack und Blick auf das Ganze. Jede echte deutsche Arbeit ist geistige Arbeit und jede deutsche Arbeit ist Werkarbeit. Wenn wir den Sinn der Arbeit so verstehen, dann gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Arbeitern der Stirn und solchen der Faust; denn jede echte Arbeit ist werktätig.

Wetterbericht

Vorhersage für Mittwoch: Nach heiterer Nacht mit strichweise leichtem Bodenfrost fortschreitende Wetterberuhigung. Anfangs westliche bis nordwestliche, später auf Südwest zurückdrehende Winde und erneut Bewölkungszunahme. Nicht ganz niederschlagsfrei.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung, Etwas milder. Meist stark bewölkt und zeitweise Regen. Südwestliche Winde.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller und für den Anzeigenteil: Carl Mayne, sämtlich in Soest.

Viehmärkte vom 16. Oktober 1933

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfur
Auftrieb: Großvieh	790	950	—	702	1456	1442
Ochsen	176	150	89	276	470	454
Bullen	276	204	—	72	375	84
Kühe	238	472	171	150	478	445
Färsen	89	110	52	132	117	390
Fresser	11	14	3	72	16	
Kälber	528	401	477	417	1174	391
Schafe	76	15	6	116	316	172
Schweine	3252	2693	2800	2774	5286	4025
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	30–32	28–31	29–32	30–32	33–34	30–32
b) ältere	—	—	—	—	33–34	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	—	—	—	—	—	—
b) ältere	27–29	25–27	25–28	27–29	29–32	26–29
fleischige	24–26	21–24	21–24	22–26	25–28	22–24
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	25–27	—	—	—	28–30	27–30
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	22–24	25–27	23–25	25–27	24–27	25–26
fleischige	—	22–24	19–22	21–24	20–23	—
gering genährte	19–21	18–21	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	27–29	26–30	27–29	—	29–32	25–29
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	24–26	23–25	23–26	25–27	25–28	21–24
fleischige	20–23	20–22	19–22	20–24	20–24	16–20
gering genährte	14–19	14–19	14–18	14–19	13–18	14–16
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	30–32	27–31	29–31	28–30	31–33	30–33
vollfleischige	27–29	24–26	25–28	25–27	26–29	27–29
fleischige	23–26	21–23	20–24	22–24	—	25–26
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	—	—	—	20–24	18–25	—
Kälber: Doppellender bester Mast	58–60	—	58–65	—	60–68	—
beste Mast- und Saugkälber	47–50	45–47	42–47	42–45	46–50	36–40
mittlere Mast- und Saugkälber	42–46	40–44	36–41	36–41	38–44	30–35
a) geringe Saugkälber	35–40	30–39	29–35	30–35	30–35	24–29
geringe Kälber	23–32	25–29	22–28	25–29	24–29	20–24
Schafe: Mastl. u. ig. Mastb. a) Weidemast	29–33	—	—	—	30–32	26–28
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., ält. Mastb. gut gen. Schafe	24–28	—	—	—	25–28	22–25
fleischiges Schafvieh	—	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	—	—	—	—	—	18–21
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd L.-G.	—	51–54	—	—	51–56	—
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	52	49–51	50–54	49–51	51–55	50–53
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	50–51	46–48	48–53	48–51	48–54	48–54
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	46–49	42–45	46–52	45–48	46–52	46–50
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	43–45	40–41	42–46	42–45	—	—
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Sauen	40–47	40–46	42–46	40–45	43–48	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten. Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Tendenz: Essen: Langsam in allen Gattungen, Großvieh und Schweine kleiner Ueberstand. Dortmund: Großvieh schlecht Ueberstand, Kälber langsam geräumt, Schweine schleppend, kleiner Ueberstand. Düsseldorf: Großvieh, Kälber und Schweine ruhig. Elberfeld: Großvieh und Kälber langsam, Schweine schlecht Ueberstand, Fettschweine über Notiz. Köln: Großvieh belebt, Kälber, Schafe ziemlich lebhaft, Schweine früh lebhaft, später abflauend. Frankfurt: Rinder rege, Kälber ruhig, Schafe rege, Schweine langsam.

Aus Westdeutschland

NSV. bildet Arbeitsgemeinschaften

Köln. Um verschiedene Mißverständnisse zu beseitigen, macht die Landesleitung Rheinland der NSV. folgendes bekannt:

Das Winterhilfswerk ist nach dem Willen des Führers ein Werk des gesamten deutschen Volkes. Mithin sind alle Kreise des Volkes, insbesondere die anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Mitarbeit am Winterhilfswerk bedingt nicht die Mitgliedschaft zur NS.-Volkswohlfahrt. Die NSV. hat lediglich die Führung im Winterhilfswerk.

Um eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zu ermöglichen, sind in allen Gemeinden, Städten und Landkreisen des Gaues Köln-Aachen Arbeitsgemeinschaften durch den Führer der örtlichen NSV. zu bilden. Neben den Vertretern der Organisationen der NSDAP und der Behörden sind vornehmlich Vertreter der hier, von der Reichsregierung als Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege anerkannten Wohlfahrtsorganisationen: NS. Volkswohlfahrt, Innere Mission, Caritas-Verband und Rotes Kreuz, sowie die Vertreter der beiden christlichen Konfessionen in diese Arbeitsgemeinschaft zu berufen. Die Mitglieder der obengenannten vier Verbände sind zu aktiver Mitarbeit heranzuziehen.

Sammlungen für das WHW können im Einvernehmen mit den örtlichen Führern des WHW getrennt erfolgen; die Verteilung der Spenden erfolgt aber zentral. Die Gemeindearbeit der katholischen und evangelischen Gemeindeschwestern soll nicht gestört werden. Die caritativen Verbände haben selbstverständlich das Recht, ihre Mitgliederbeiträge einzuziehen.

Ein Dummerjungenstreich

Der Richter empfiehlt fühlbare Zurechtweisung

Köln. Im September erzählte ein Handwerkslehrling seinen Freunden, daß er am 8. Oktober krank werde und dann eine schöne Tour unternehme. An diesem Tage sandte der Junge einem Meister ein ärztliches Attest, das seine arbeitsunfähige Erkrankung bestätigte, und nun wurden die Vorbereitungen zu einem Ausflug getroffen. Der Meister aber hatte von dem Schwindel erfahren und entließ den Lehrling.

Der Vater klagte am Kölner Arbeitsgericht auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses. Der Arzt, der das Attest der Arbeitsunfähigkeit ausgestellt hatte, sagte aus, der Junge habe über allgemeine Beschwerden und unüberwindliche Mattigkeit geklagt. Da habe er ihn zwecks Schonung für einige Tage krank geschrieben. Der Gerichtsvorsitzende bezeichnete das Verhalten des Jungen als grobe Ungehörigkeit. Der Vater habe die Pflicht, seinem Sprößling eine fühlbare Zurechtweisung für diese Flegelei zu erteilen. Im übrigen werde sich das Gericht nicht dazu verstehen, die Lösung des Lehrverhältnisses, das ungefähr 1½ Jahre besteht, durch diesen Dummenjungenstreich zu rechtfertigen. Der Meister möge es daher noch einmal mit dem Jungen versuchen und ihn verwarnen, daß er endgültig entlassen werde, wenn er sich noch einmal ähnliche Verfehlungen zuschulden kommen lasse. In diesem Sinne blieb das Lehrverhältnis bestehen.

Arbeitereinstellungen bei Westwaggon

Köln. Auf Grund von Aufträgen der Reichsbahn aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm konnte die Westwaggon A.-G. ihre Belegschaft in der letzten Zeit um rund 400 Köpfe vermehren. Weitere Arbeitereinstellungen sollen in der nächsten Zeit ermöglicht werden.

Vom kommunistischen Irrwahn kuriert

Schutzhaftgefangener dementiert Greuelmärchen

Bottrop. Ueber die Behandlung der Schutzhaftgefangenen werden aus begreiflichen Gründen die tollsten Gerüchte verbreitet. Besonders die landesverräterischen Organe der aus Deutschland ausgerissenen Marxisten erfinden die wahnsinnigsten Greuelmärchen. Da ist es sehr zu begrüßen, wenn ein ehemaliger kommunistischer Funktionär aus Bottrop, der kürzlich aus der Schutzhaft entlassen worden ist, ohne jede behördliche Beeinflussung bei der Polizei erscheint und sich in erfreulicher Weise über die Behandlung der Schutzhaftgefangenen äußert. Der betreffende Mann war früher ein außerordentlich eifriger kommunistischer Funktionär. Mit Freuden erklärt er, daß er durch alles das, was er in den letzten Monaten gesehen und erfahren hätte, endgültig vom kommunistischen Irrwahn kuriert worden wäre. „Mit dem Eifer, mit welchem ich früher dem Kommunismus diente, will ich am Aufbau des neuen Deutschland mitwirken." So erklärte der Mann, der über seine Erfahrungen in der Schutzhaft folgendes sagte:

„Während meiner Schutzhaft und auch nach meiner Entlassung hörte ich wiederholt, daß es den Schutzhaftgefangenen in Deutschland sehr schlecht gehe. Die Behandlung sei menschenunwürdig, das Essen schlecht und oft nicht ausreichend. Da ich während meiner siebenmonatigen Schutzhaft derartiges nicht festgestellt habe, sondern erfahren habe, daß die Behandlung und Verpflegung gut war, fühle ich mich verpflichtet, dieses auch offen zu bekennen. Ich war fünf Monate in Siegburg und zwei Monate in Brauweiler. Nicht ein einziges Mal bin ich geschlagen worden und die Verpflegung war derart, daß viele Erwerbslose froh sein würden, wenn sie eine solche Kost erhielten. Ich habe in den sieben Monaten meiner Schutzhaft 13 Kilo an Körpergewicht zugenommen."

Hoffentlich druckt nunmehr auch die deutschfeindliche Presse, insbesondere die lügnerische „Freie Presse" in Amsterdam, diese aufklärenden Zeilen ab.

Freundschaft Deutschland — Jugoslawien

Ausländer im Ruhrgebiet gegen die Greuelhetze

Herbest-Dorsten. Hier fand die Zehnjahrfeier des Jugoslawischen Vereins statt, an der außer zahlreichen jugoslawischen Landsleuten aus dem weiteren Bezirk u. a. der jugoslawische Generalkonsul in Düsseldorf, Dr. Pantic, mit Gefolge teilnahm.

In einer sehr bemerkenswerten Ansprache nahm Generalkonsul Dr. Pantic Stellung zu dem Verhältnis zwischen Deutschland und Jugoslawien. Mit dem Hinweis auf die deutsche nationalsozialistische Staatsführung betonte Generalkonsul Dr. Pantic, daß es die heiligste Pflicht der in Deutschland lebenden Jugoslawen sei, die deutschen Gesetze bis zum letzten Punkt zu respektieren. Niemand solle vergessen, daß er in Deutschland die beste Gastfreundschaft genieße. Im Verein mit den ihm anvertrauten jugoslawischen Landsleuten werde er sich auch in Zukunft bemüht halten, das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Jugoslawien nicht allein zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen und zu vertiefen.

Auf die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete lege dabei seine Regierung ganz besonderen Wert. Der Redner verwies in diesem Zusammenhang auf die jüngsten handelsvertraglichen Abmachungen zwischen Deutschland und Jugoslawien, die auf der zwischen beiden Ländern seit Jahren verfolgten Linie einer verständnisvollen Handelspolitik lägen: Austausch jugoslawischer Landprodukte gegen deutsche Industriefabrikate. Zur Bekräftigung der gegenseitigen ehrlichen Zusammenarbeit beider Länder brachte der Redner zum Schluß seiner Ausführungen Heilrufe auf den deutschen Reichspräsidenten, den deutschen Reichskanzler und den jugoslawischen König aus, die von seinen Landsleuten begeistert aufgenommen wurden.

Außer einem Vertreter der NSDAP., Kulturwart Bock, der die Förderung vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern betonte, sprachen noch Konsul Dr. Ribar, Professor Dr. Pawlakowitsch und der Führer der jugoslawischen Kolonie im Ruhrgebiet, Pawel Volcha, deren Ausführungen sich im Sinne der Rede des Generalkonsuls bewegten. Slowenenführer Volcha wandte sich dabei noch besonders gegen die ausländische Greuelpropaganda über Deutschland und stellte fest, daß die in Deutschland lebenden Jugoslawen in der Lage und bereit seien, ihren Stammesbrüdern in der alten Heimat die Wahrheit über Deutschland — nämlich daß hier Ruhe und Ordnung herrschten — zu sagen.

Zum Tode verurteilt

Köln. Das Kölner Schwurgericht verurteilte am Montag den 23 Jahre alten Melker W. Schurek wegen Mordes in Tateinheit mit Raub zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit.

Schurek hatte am 18. Mai d. J. in einer Feldscheune seinen Wanderkameraden Willi Wessel, mit dem er gemeinsam in der Scheune übernachtete, im Schlafe überfallen, ihn mit einem Knüppel ohnmächtig geschlagen und ihn dann erwürgt.

60 000 RM. für Mäntel und Schuhe

Köln. Die NS.-Volkswohlfahrt, Bezirksleitung Köln, hat aus eigenen Mitteln dem Winterhilfswerk des deutschen Volkes für die Stadt Köln einen Betrag von 60 000 RM. zur Beschaffung von Mänteln und Schuhen für Kinder, Frauen und Männer zur Verfügung gestellt. Die Verteilung wird Ende des Monats über die Ortsgruppenführer des Winterhilfswerkes erfolgen.

Falschmünzerwerkstatt ausgehoben

Köln. Beamten der Falschgeldabteilung der Kriminalpolizei ist es gelungen, in der Kyffhäuserstraße eine Falschgeldfabrik, in der Zweimarkstücke hergestellt wurden, auszuheben. Die Fälscher wurden bei der Arbeit überrascht. Insgesamt wurden drei an der Herstellung und dem Vertrieb des Falschgeldes beteiligte Personen festgenommen. Der Betrieb war erst einige Tage im Gange. Alle Geräte und Werkzeuge wurden beschlagnahmt.

Der Frostspanner schwärmt

Bernkastel. Sobald die ersten Nachtfröste einsetzen, beginnt der Nachtfrostspanner zu schwärmen. Die flügellosen Weibchen kriechen am Stamm der Obstbäume in die Höhe, um sich mit den Männchen zu paaren. Die Weibchen können daher durch Anbringen der bekannten Leimringe unschädlich gemacht werden. Es ist also höchste Zeit, diese anzulegen. Das Anlegen der Leimringen sollte an allen Tafel- und wertvollen Wirtschaftsobstbäumen durchgeführt werden. Sonst besteht die Gefahr, daß die gut genährte Raupe des Frostspanners im Frühjahr die Bäume in wenigen Tagen kahlfrißt.

Ein hervorragender Jahrgang!

Neustadt a. d. H. In der Rheinpfalz, Deutschlands größtem Weingebiet, ist seit einigen Tagen die Weinlese in vollem Gange. Die bisherigen Ergebnisse des „Weißherbstes", also der Weißweinernte, bestätigen die Erwartungen, daß ein ungewöhnlich süßer Wein als 1933er zu erwarten ist. Mostgewichte wurden verzeichnet, wie man es seit 1921 nicht mehr erlebt hat. Sie liegen durchschnittlich um etwa zehn Grad höher als im Vorjahre. Die Mengenergebnisse sind dagegen außerordentlich verschieden. Man hat stellenweise einen Ausfall von 30 bis 80 Prozent gegenüber dem Vorjahre festgestellt. Dieses Ergebnis übt natürlich einen starken Einfluß auf die Preisbildung aus. Der 1933er wird also in späteren Jahren als eine ganz besondere Kostbarkeit gelten. Es ist nur natürlich, daß bereits jetzt eine starke Nachfrage einsetzt. — Mit dem Weinherbst ist auch die Zeit der Winzerfeste angebrochen. Sowohl in Bad Dürkheim, in Neustadt und in Edenkoben feiert man nach altem Brauch den erfreulichen Ausfall der diesjährigen Ernte.

Gründung der Rheinbrücken-Gesellschaft

Duisburg-Hamborn. Montag abend wurde im Duisburger Rathaus der Gründungsakt der Rheinbrücken-Gesellschaft Duisburg-Rheinhausen Kr. Mörs unterzeichnet. Für die Stadt Duisburg waren anwesend Oberbürgermeister Dr. Kelter, Beigeordneter Dr. Besserer, Beigeordneter Holke und Beigeordneter Zweigert, für die Stadt Rheinhausen Bürgermeister Kleinert und für den Kreis Mörs Regierungsassessor Grotjahn. Das Gründungskapital wurde auf 500 000 RM. festgesetzt, wovon die Stadt Duisburg 375 000 RM., Rheinhausen 62 500 RM. und der Kreis Mörs 62 500 RM. übernehmen. Die Gesellschaft ist gemeinnützig; ihre Dauer wurde auf 70 Jahre bestimmt. Zum Geschäftsführer wurde Beigeordneter Holke bestimmt.

Unverbesserlicher Brandstifter

Wuppertal. Dieser Tage brannte eine mit Roggen gefüllte Scheune der Molkerei Schlieper-Lötter vollständig nieder. Die Polizei stellte Brandstiftung fest und ermittelte als Täter einen auf dem Gute beschäftigten Kutscher, der nach eingehendem Verhör ein Geständnis ablegte. Er hat die Tat anzeblich aus Rache begangen, weil ihm die Behandlung nicht zusagte. Bemerkenswert ist, daß derselbe Brandstifter bereits vor einigen Jahren eine Scheune auf demselben Gut in Flammen aufgehen ließ, wofür er eine längere Freiheitsstrafe erhielt.

Fabrikant verhaftet

Er hatte einen Mann totgefahren

Solingen. In der Nacht zum 3. Oktober war der Arbeiter Hugo Reinhardt von einem Personenkraftwagen überfahren und getötet worden. Nach diesem Vorfall blendete der rücksichtslose Fahrer sein Auto ab und entkam. Der Polizei ist es nunmehr gelungen, den Täter ausfindig zu machen. Es handelt sich um den 39jährigen Fabrikanten Höhmann aus Solingen, der auf Grund seiner verwerflichen Handlungsweise in Haft genommen wurde. Höhmann hat inzwischen ein Geständnis abgelegt.

Die Ortsgruppenleitung der NSDAP. Solingen-Dorp teilt hierzu mit, daß Höhmann, der der NSDAP. angehörte, sofort nach Bekanntwerden dieses Ermittlungsergebnisses aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Für einen Nationalsozialisten eine Selbstverständlichkeit

Münster. Der Vorsitzende des Provinzialausschusses, Abgeordneter Stürtz, teilte in der Sitzung des Provinzialausschusses mit, daß der neu gewählte Landeshauptmann Pg. Kolbow als richtiger Nationalsozialist und entsprechend dem Vorbild des Führers sich verpflichtet habe, den Teil seines Gehaltes, der den Monatsbetrag von 1000 RM. übersteigt, einem Fonds zu überweisen, der zur Erziehung der Kinder unserer gefallenen westfälischen SA.- und SS.-Kameraden verwandt werden soll.

Sumpfblüten!

Ungetreuer Bürgermeister vor dem Richter — Das Urteil: 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus

Paderborn. Die Große Strafkammer Paderborn verhandelte am Montag gegen den früheren Bürgermeister von Lippstadt, Gottfried Holle, sowie den früheren Vollziehungsbeamten Karl Weber. Dem Angeklagten Holle, der sich zurzeit in Schutzhaft befindet, wirft die Anklage vor, seit dem Jahre 1925 fortgesetzt als Beamter Urkunden beseitigt zu haben in der Absicht, sich Vermögensvorteile zu verschaffen. Weiter soll er seine Stellung als Bürgermeister dazu benutzt haben, unter Angabe falscher Unterlagen das Dienstalter für den Mitangeklagten Weber unrechtmäßig erhöht, und ihn als Vollziehungsbeamten unter ungewöhnlich hohen Dienstbezügen eingestellt zu haben. Sich selbst soll er höhere als ihm zustehende Gehaltsbezüge erschlichen haben. Der Angeklagte Holle, der von Beruf Tischler ist, war seit dem Jahre 1924 Bürgermeister von Lippstadt.

In der heutigen Verhandlung wurde noch einmal kurz in die Beweisaufnahme eingetreten. Hierauf ergriff Rechtsanwalt Jöstingsmeier das Wort und plädierte in längerer Rede für beide Angeklagte auf Freispruch. Nach zweistündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Junkersdorff folgendes Urteil: Der Angeklagte Holle wird wegen gewinnsüchtiger Untreue zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr drei Monaten und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ersatzweise für je 50 Mark einen Tag Zuchthaus. Der Angeklagte Weber wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt ist, dem Angeklagten Holle, im übrigen der Staatskasse zur Last. Ferner hat das Gericht beschlossen, wegen der hohen Strafe und da Fluchtverdacht besteht, gegen den Verurteilten Haftbefehl zu erlassen.

Das Buch ist eine Waffe

Eine Rede des Reichsleiters Hagemeier — Aufgaben und Arbeiten der Reichsstelle zur Förderung deutschen Schrifttums

Köln. Der anläßlich der Deutschen Kulturtage am Rhein in der rheinischen Metropole weilende Leiter der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums, Hagemeier, sprach in seinem Kreise über die Aufgaben und die Arbeit der Reichsstelle.

Es sei die Lösung von zwei Fragen notwendig:

1. welches Schrifttum und welche Autoren sind herauszustellen? und
2. wie ist der Leserkreis zu erweitern?

Zur Lösung der ersteren Frage ist eine Reihe von Lektoren in der Reichsstelle tätig, die, vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda ins Leben gerufen, eng zusammenarbeiten mit der Reichsleitung des Kampfbundes für deutsche Kultur, ferner mit der Reichskanzlei und den Reichsministerien. Es besteht außerdem Verbindung zur Arbeitsfront, der Organisation der Buchhandlungsgehilfen usw. und über den Ausschuß für Jugendschriften zur Hitlerjugend. Der Leiter der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums betonte besonders, daß jede Sonderaktion mit Hilfe von schwarzen Listen usw. von der Reichsstelle bekämpft würde, da hierdurch die Propagandaarbeit des deutschen Buches im Auslande gefährdet würde. Es sei aber auch nicht beabsichtigt, eine schwarze Liste der Reichsstelle zu veröffentlichen.

Was die Erfassung und Erweiterung des Leserkreises anbetrifft, so ist über das ganze Reich eine Organisation mit Landesstellen und Ortsgruppen geschaffen. Die Leiter der Landesstelle werden von der Reichsstelle ernannt, die Leiter der Ortsgruppen im Einvernehmen mit den Landesstellenleitern vom Kampfbund für deutsche Kultur. Die Mitarbeit der Hochschulen, der Mittelschulen und der Volksschulen ist vorgesehen. Ferner sind vertreten der NS.-Lehrerbund, der Buchhandel, Bibliothekare, Volksbüchereien und Leihbibliotheken. Es ist ein Amt für öffentliche Buchwerbung eingerichtet worden, das aus dem ganzen Reich die besten Schaufensterdekorationen sammelt und in einem Album vereinigt. Schließlich sei noch erwähnt die Zusammenarbeit mit dem Institut für Lesekunde in Leipzig, das vielleicht später in der Reichsstelle aufgehen wird. Ein Autorenkalender berichtet über 170 Autoren, ihre Anschriften, ihre Werke, ihre Aufenthaltsorte u. a. m. Auch für die deutsche Buchpropaganda im Auslande ist dieser Kalender von großer Wichtigkeit, und es haben bereits alle deutschen diplomatischen Vertretungen im Auslande den Autorenkalender bestellt.

„Das Buch ist eine Waffe", so schloß Reichsleiter Hagemeier seine interessanten Ausführungen, „und dient dazu, mitzuhelfen an der inneren Wehrhaftmachung des deutschen Menschen."

Neue Reichsgesetze

Der Generalrat der Reichsbank verschwindet — Keine neuen Einzelhandelsgeschäfte bis zum 1. Juli 1934

Das Reichskabinett verabschiedete ein Gesetz über die

Aenderung des Bankgesetzes vom 30. 8. 1924

Danach soll die Leitung der Reichsbank statt bisher vom Generalrat in Zukunft vom Reichspräsidenten ernannt werden. Die auf den Dawes-Plan zurückgehende

Institution des Generalrates der Reichsbank wird beseitigt.

Die Reichsbank erhält weiter die Befugnis, festverzinsliche

Wertpapiere zur Regulierung des Geldmarktes

zu kaufen und zu verkaufen, um dadurch nach Möglichkeit auch auf dem Gebiete des Kapitalmarktes regulierend und fördernd eingreifen zu können. Sie soll die gekauften Wertpapiere und in gleicher Weise auch die Lombardforderungen als bankmäßige Notendeckung verwenden dürfen. Ferner sollen die Vorschriften über eine

mechanische Erhöhung des Diskontsatzes in Verbindung mit einer Notensteuer beseitigt

werden, da sie sich in der praktischen Erfahrung der letzten Jahre als undurchführbar erwiesen haben. Die Reichsbank wird weiterhin ermächtigt, eine

Abschlagsdividende

zu zahlen, die üblicherweise am 1. 10. eines jeden Jahres gezahlt werden soll, damit die Reichsbankanteile wieder zu einem bevorzugten Anlagepapier des Sparers werden. Die Verkündung des Gesetzes wird nicht vor dem 28. d. M. erfolgen.

Weiter genehmigte das Kabinett eine

Aenderung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels

vom 12. Mai 1933, das ein allgemeines

Verbot der Errichtung neuer Verkaufsstellen

des Einzelhandels für die Zeit bis zum 1. 11. 33 vorsah. Durch die Aenderung wird die

Sperre bis zum 1. Juli 1934 verlängert.

Das Reichskabinett verabschiedete alsdann ein Gesetz über den vorläufigen

Aufbau des deutschen Handwerks,

wonach der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, über den Aufbau des deutschen Handwerks eine vorläufige

Regelung auf der Grundlage allgemeiner Pflichtinnungen und des Führergrundsatzes

zu treffen. Das deutsche Handwerk im Sinne dieses Gesetzes umfaßt alle in der Handwerksrolle eingetragenen Betriebe, soweit sie nicht zum Reichsnährstande gehören. Hierüber treffen der Reichswirtschaftsminister und der Reichsernährungsminister gemeinsam nähere Bestimmungen.

Auf Antrag des Reichswirtschaftsministers beschloß das Reichskabinett, den Reichsminister der Finanzen zu ermächtigen, namens des Reiches die

Garantien von insgesamt 10 Millionen RM für Kredite

zu übernehmen, die von gewerblichen Kreditgenossenschaften oder von Privatbankiers

an Kleingewerbetreibende

gegeben werden. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme im Zuge der Arbeitsbeschaffung, die nur als einmaliger Ausnahmevorgang zu bewerten ist.

Schließlich nahm das Reichskabinett ein Gesetz über

die Eidesformel der Reichsminister und der Mitglieder der Landesregierungen

an, wonach die Eidesformel mit dem kürzlich in einem preußischen Gesetz festgelegten Wortlaut in Uebereinstimmung gebracht wird. Dieses Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Paragraph 3, Absatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz vom 27. 3. 1930) erhält folgende Fassung:

Die Reichsminister leisten bei Uebernahme ihres Amtes vor dem Reichspräsidenten folgenden Eid:

„Ich schwöre, ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes einsetzen, Verfassung und Gesetze wahren, die mir obliegenden Pflichten treu und gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen, so wahr mir Gott helfe."

§ 2. Die Mitglieder der Landesregierungen leisten bei Uebernahme ihres Amtes vor dem Reichsstatthalter, Preußen vor dem Reichskanzler denselben Eid.

Unsoziale Kaufleute kommen in Schutzhaft

Wie das VdZ-Büro meldet, begrüßt es die Reichs-Hago-Führung in einer Stellungnahme, daß in Braunschweig ein Kaufmann wegen Verstoßes gegen die Arbeitszeitvorschriften und die Vorschriften der Reichsversicherung in Schutzhaft genommen wurde. Der Kaufmann hatte sich auch einer zu geringen Entlohnung schuldig gemacht und damit einer unsozialen Einstellung Ausdruck verliehen. Erschwerend war, daß der Kaufmann nicht aus wirtschaftlicher Not, sondern nur aus Eigennutz und Gewinnsucht handelte. Die Reichsleitung der NS-Hago veröffentlicht dazu eine Erklärung, in der das Vorgehen der braunschweigischen Regierung außerordentlich begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß man auch anderenorts von diesem „probaten Mittel" Gebrauch macht, um den Kaufmannsstand von jenen Elementen freizuhalten, die seinen Ruf in den letzten Jahren in Mißkredit gebracht haben."

Die Arbeitsbeschaffung im Bergbau

Der preußische Minister des Innern hat — wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt — einer Bitte des Ministers für Wirtschaft und Arbeit entsprechend die nachgeordneten Behörden in einem Runderlaß darauf hingewiesen, daß für die Arbeitsbeschaffung im Bergbau und die Wiederaufnahme bergbaulicher Betriebe ausschließlich die Oberbergämter und Bergrevierbeamten zuständig sind. Letzteren muß deshalb die Führung in allen solchen Fragen überlassen bleiben. Selbständige Maßnahmen anderer Stellen auf diesem Gebiet können — so heißt es in dem Erlaß weiter — leicht zu einer Beunruhigung des Arbeitsfriedens und zu erheblichen wirtschaftlichen Schädigungen führen. Sie haben deshalb unter allen Umständen zu unterbleiben.

Die Umsiedlung Erwerbsloser

Wie das VdZ-Büro meldet, hat der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit Durchführungsbestimmungen zu der auf Anregung des Reichsarbeitsministers einzuleitenden Umsiedlungsaktion von Erwerbslosen aus Großstädten und Industriegebieten in mittlere und kleine Gebiete erlassen. Es handelt sich dabei um eine im Wege der vorstädtischen Kleinsiedlung durchzuführende

Umsiedlung von Erwerbslosen aus Bezirken mit großer, voraussichtlich andauernder struktureller Arbeitslosigkeit.

Das in Aussicht genommene Verfahren sieht vor, daß Bewerber, die aus Großstädten oder aus Industriegebieten in mittlere oder kleine Gemeinden umgesiedelt werden wollen, sich an den für ihren Wohnsitz zuständigen Gemeindevorstand zu wenden haben. Der Antrag ist nach einem Muster zu stellen, das die in Betracht kommenden Städte zur Ausgabe an die Bewerber bereithalten müssen. Der ausführliche Fragebogen, den der Bewerber danach auszufüllen hat, enthält u. a. die Frage, ob der Bewerber Kriegsteilnehmer bzw. Kriegsbeschädigter ist. Auch sollen Referenzen aufgegeben werden.

Der Gemeindevorstand hat die Anträge vorzuprüfen

und auf Grund des Ergebnisses eine Bescheinigung über die Eignung des Bewerbers und seiner Familie abzugeben. Dabei soll sorgfältig geprüft werden, ob der Siedlungsanwärter und seine Familie die notwendige

körperliche und seelische Eignung

für die Kleinsiedlung besitzen. Besonders geeignet erscheinen Bewerber, die infolge ihrer Herkunft mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraut sind oder sich bereits erfolgreich mit Gartenarbeit beschäftigt haben, in erster Linie Personen, die in der Nachkriegszeit vom Lande in die Großstadt gezogen sind und aufs Land zurückwollen. Finanzielle Interessen der Aussiedlungsgemeinde dürfen nicht maßgebend sein. Es ist eine Gruppensiedlung und eine sogenannte Einzelsiedlung vorgesehen.

Neue Propagandamethoden

Vor der Reichstagswahl — Dr. Goebbels vor den Führern der NSDAP

Wie die Reichspressestelle der NSDAP. durch die NSK. mitteilt, befaßte sich die in Berlin abgehaltene Führertagung mit den Fragen der Vorbereitung für die Wahl des 12. November. Um 11 Uhr vormittags fand eine Besprechung der Gauleiter mit dem Führer der NS.-Reichstagsfraktion, Reichsleiter Dr. Frick, statt, die vor allem der Aufstellung der Kandidatenliste galt. Um 15,30 Uhr tagten die Gauleiter und Gaupropagandaleiter unter dem Vorsitz des **Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels**, der in großen Zügen die Aufgaben der Bewegung für den bevorstehenden Wahlkampf umriß.

Die weltpolitische Bedeutung der bevorstehenden Wahl und Volksabstimmung liege darin, daß sie den Beweis erbringen werden, daß die Regierung Hitler in Deutschland nicht eine Regierung der Gewalt, sondern in Wahrheit die Repräsentantin und die Wortführerin des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit sei. Dieser Wahlkampf werde mit neuen propagandistischen Methoden geführt werden und durch die Wucht aufmarschierender Volksmassen sein demonstratives Gepräge erhalten. Die Uebertragung durch den Rundfunk werde auf wenige besondere Kundgebungen beschränkt. Im Vordergrund stehe die Versammlungslawine und die Propaganda von Mund zu Mund.

Ein Erlaß des Reichsarbeitsministers zur Lohnpolitik

Der Reichsarbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Beauftragten des Führers für Wirtschaftsfragen in der Reichskanzlei mit:

Seit Erlaß des Gesetzes über die Treuhänder der Arbeit hat die Reichsregierung mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß es eine

wesentliche Aufgabe der Treuhänder sei, die vorhandenen Tarifverträge und insbesondere das Lohnniveau aufrecht zu erhalten.

Nur in besonders dringenden Fällen dürfen die Treuhänder eine Aenderung von Tarifbedingungen, die sozial oder wirtschaftlich nicht mehr länger zu vertreten sind, vornehmen. An diesen Richtlinien muß die Reichsregierung schon deshalb festhalten, weil die Gefährdung ihres nächsten Hauptzieles, nämlich der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, unter allen Umständen vermieden werden muß. Eine grundsätzliche Aenderung des Lohnsystems, wie z. B. die allgemeine Einführung des Wochenlohnes unter wesentlich verlängerten Kündigungsfristen und dergl. kann jetzt ebenso wenig wie eine materielle Aenderung der Lohnhöhe in Betracht gezogen werden. Die Treuhänder sind erneut angewiesen worden, in diesem Sinne ihre Entscheidungen zu treffen. Es ist also zwecklos, daß einzelne Verbände Anträge auf grundsätzliche lohnpolitische Reformen an die Treuhänder richten. Ebenso hält es die Reichsregierung für erwünscht, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendige Rücksichtnahme auf die erwähnten lohnpolitischen Richtlinien geübt wird, um eine Beunruhigung der Arbeitnehmer und Unternehmer zu vermeiden.

Frankreichs Finanzsorgen

Beschleunigte Durchberatung des Sanierungsprogramms

Das französische Parlament, dessen außerordentliche Tagung begann, wird sich neben den aktuellen Fragen der Außenpolitik vor allem den Problemen der Budgetsanierung widmen müssen. Wie dringend diese Frage ist, hat sich bereits bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 1933 gezeigt. Zu einem wirklich großzügigen Reformprogramm ist es nicht gekommen, vielmehr wurde ein Notbudget nach dem anderen, immer bemessen für einen kurzen Zeitraum, verabschiedet, und die jeweils voraufgehenden Debatten in Kammer und Senat boten kein besonders erhebendes Schauspiel.

Einzelheiten über das Sanierungsgesetz, das die Regierung Daladier dem Haushaltsplan 1934 zu Grunde zu legen gedenkt, sind von maßgebender Seite noch nicht bekanntgegeben worden. Es scheinen auch gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Budgetminister Lamoureux und dem Ministerpräsidenten über die Frage der Ausgleichung des Defizits zu bestehen. Während Daladier der Ansicht zuzuneigen scheint, daß für einen Teil des Defizits lediglich die Schuldentilgung ausgesetzt und die grundlegende Reform bis zur Wiederkehr einer besseren Wirtschaftslage verschoben werden soll, möchte Lamoureux offenbar den ganzen Ausfall durch Ersparnisse decken. Von den sechs Milliarden Francs, um die es sich hierbei handelt, sollen etwa 1,6 Milliarden durch Kürzungen der Beamtengehälter, Pensionen und Aufwendungen für Frontkämpfer eingebracht werden. Diese Einschränkung der persönlichen Ausgaben im Staatshaushalt, die seit Beginn der Weltwirtschaftskrise in Frankreich lebhaft erörtert wird, könnte unter Umständen für die Regierung eine gewisse Gefahr werden. Die Republikanische Vereinigung hat bereits gegen das Sanierungswerk zu stimmen beschlossen und auch der sozialistische Abgeordnete Blum hat in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten keine Verpflichtung übernehmen wollen, für die Regierung zu stimmen.

Die Taktik der Regierung läuft nun darauf hinaus, das gesamte Sanierungswerk im Dringlichkeitsverfahren zu erledigen, wozu allerdings eine Zweidrittel-Mehrheit ihre Einwilligung geben muß. In Regierungskreisen rechnet man damit, daß diese Mehrheit zustande komme, ohne daß die Vertrauensfrage gestellt zu werden brauche. Damit ist zunächst nur die Prozedur festgelegt, ohne daß das Ergebnis der sachlichen Erörterungen vorweggenommen ist. Aber auch hier kann die Regierung damit rechnen, daß trotz der Widerstände aus Beamtenkreisen die allgemeine, sich aus der Wirtschaftslage ergebende Stimmung ihren Plänen günstig ist.

*

Im Bericht über die erste

Sitzung der Kammer

heißt es: Ministerpräsident **Daladier** begründet die Finanzsanierungs- und Budgetausgleichsgesetzentwürfe. Die Kammer stimmte mit 470 gegen 120 Stimmen dem von ihm beantragten Verfahren der beschleunigten Durchberatung zu. In der Begründung der Gesetzentwürfe erklärte der Ministerpräsident u. a., der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verpflichte Frankreich nur noch gebieterischer, sein Budget in Ordnung zu bringen. Daladier wandte sich gegen jede Inflation und erklärte, die in Frankreich befindlichen ausländischen Gelder würden wieder in ihre Heimat zurückfließen, wenn dort die Währungen stabilisiert würden. Frankreich könne der in solchem Falle entstehenden Spekulationsgefahr nur mit einem ausgeglichenem festen Budget begegnen.

Amerikas Zurückhaltung

Eine Erklärung Norman Davis' in Genf

Auf Grund der aus Washington eingetroffenen Weisungen hat der amerikanische Hauptdelegierte in Genf, **Norman Davis**, folgende **offizielle Erklärung** veröffentlicht:

Wir sind in Genf einzig und allein zu Abrüstungszwecken. Solange eine Möglichkeit besteht, die Verhandlungen über die Abrüstung erfolgreich fortzusetzen, werden wir gern dazu beitragen. Wir sind jedoch nicht an dem politischen Element oder an irgendeiner rein europäischen Seite des Problems interessiert. Wir stellen nochmals fest, daß wir in keiner Weise politisch an irgendeine europäische Macht gebunden sind.

Uebereinstimmung der Meinungen, die etwa bestanden hat, hat sich allein auf die Frage der Weltabrüstung bezogen. Ob die Umstände für die Fortsetzung der gegenwärtigen Abrüstungsbemühungen günstig sind oder nicht, ist eine Frage, die von Europa und nicht von den Vereinigten Staaten beantwortet werden muß.

Im Laufe dieser Woche werden Besprechungen zwischen den europäischen Hauptstädten stattfinden. Wir wünschen nicht, an diesen Besprechungen aktiv teilzunehmen, da ihre Voraussetzungen rein politisch sind. Die im Mai dieses Jahres vom Präsidenten Roosevelt in seiner Botschaft an die Staatsoberhäupter aufgestellten Grundsätze bleiben für die Politik der Vereinigten Staaten maßgebend.

Anordnung für alle Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, **Dr. Robert Ley**, hat folgende **Anordnung** erlassen:

Letzte Ereignisse machen es notwendig, darauf hinzuweisen, daß **alle öffentlichen Veranstaltungen**, soweit sie von den Leitungen der Gesamtverbände angesetzt werden, dem Führeramte und soweit sie von Untergliederungen der Verbände veranstaltet werden, dem zuständigen Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront gemeldet werden müssen, damit ein störendes Nebeneinander vermieden wird. Das Führeramt der Deutschen Arbeitsfront ist angewiesen, jede nicht vorher angemeldete Versammlung rücksichtslos zu verbieten.

Regierungen gehen

Rücktritt der estnischen Regierung

Aus **Reval**, 17. Okt., wird gemeldet: **Die Regierung ist zurückgetreten**, da sie nach dem positiven Ausfall des Volksentscheids über die Verfassungsänderung dem Parlament freie Hand geben will.

Es ist anzunehmen, daß es zur Bildung eines unpolitischen Arbeitskabinetts kommen wird, dessen Aufgabe lediglich in der Ausarbeitung der neuen Verfassungsgesetze bestehen wird. Diese Gesetze müssen nach 100 Tagen fertiggestellt sein, worauf nach weiteren 100 Tagen die Wahl des neuen Parlaments und des Staatspräsidenten erfolgen muß.

Kabinettskrise in Südslawien

Aus **Belgrad**, 17. Okt., kommt die Meldung: Am heutigen Vormittag fand eine Ministerkonferenz statt, nach welcher sich der Ministerpräsident Srskitsch und Minister des Aeußern Jeftitsch nach Niska Banja begaben, wo sich gegenwärtig der König befindet. Wie verlautet, hat **der Ministerpräsident beschlossen, dem König die Demission des gesamten Kabinetts anzubieten.**

Als Ursache der Regierungskrise werden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerpräsidenten und der Mehrzahl der Minister einerseits und dem Finanzminister andererseits in der Frage der vom Ministerpräsidenten angeforderten außerordentlichen Kredite für Notstandsarbeiten und für die Konsolidierung der landwirtschaftlichen Schulden angeführt.

Frauentagung!

Anläßlich der Reichshandwerks-Werbe-Woche findet am

Donnerstag, dem 19. Oktober 1933

eine **Frauentagung** mit folgendem Programm statt:

Nachmittags 2—3,45 Uhr Besichtigung der Ausstellung im Blauen Saal.

Ab 4 Uhr auf dem **Schützenhofe:**

1. Konzert und Kaffeetrinken,
2. Vortrag von Frl. Hildgard Leipert-Bochum.
   Thema: „Das deutsche Handwerk."
3. Darbietungen der N.S. Frauenschaft.

Der Eintritt ist frei!

Kuchen ist im Saale zu haben.

Kaffeekarten werden am Saaleingang zu 50 Pfg. ausgegeben. (Erwerbslose gegen Ausweis 25 Pfg.)

Alle deutschen Frauen und Mädchen aus Stadt und Land sind zu dieser Frauentagung herzlichst eingeladen.

N.S. Frauenschaft Soest

Markt-, Obst-, Gemüsehändler

Zur Bestimmung einer Obst-, Gemüse- und Markthändler-Fachschaft ist am Donnerstag, dem 19. 10. eine

Versammlung

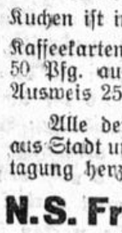
bei Bärenfänger. Erscheinen ist Pflicht.

Der Kreisführer: Bollermann.

BAUPLÄTZE

Habe in Bad Sassendorf 5 Bauplätze, 8 Ar groß, freihändig zu verkaufen.

Bad Sassendorf. Wilhelm Stamm.



Schon wieder ein Strafmandat!

Dabei läuft die alte Mühle gar keine 60 mehr! Und außerdem, ich hätte sie längst verkauft, wenn .... Übrigens, bist Du schon mal nachts über einen Sturzacker gefahren?

Strafmandat?



Daß ich nicht lache! Na, und Deine Sorgen um den alten Karren! — Ab nach Kassel, aber ohne Umwege! — Junge, Junge, wann wirste endlich „Motor und Sport" lesen. „Motor und Sport" wird Dir in allen diesen Fragen ein guter Freund und Berater sein.

„Motor und Sport", Pössneck

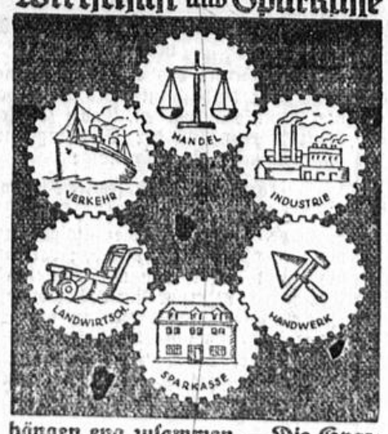
Gutschein

4-Rpf.-Drucksache in Umschlag an „Motor und Sport", Pössneck

Ich möchte „Motor und Sport" kennenlernen. Senden Sie bitte die Zeitschrift an untenstehende Adresse kostenfrei und unverbindlich einen Monat lang.

Ort und genaue Adresse — Stempel, Unterschrift

Wirtschaft und Sparkasse



hängen eng zusammen. — Die Sparkassen sind als Kreditgeber stark beteiligt am Wiederaufstieg. — Denk daran und spare zu Deinem und des Volkes Nutzen bei der

Sparkasse der ländlichen Gemeinden der Soester Börde zu Soest

Städtischen Sparkasse zu Soest

Preuß. Süddeutsche Klassenlotterie

Zur 1. Klasse habe noch einige Achtel- und Viertel-Lose frei.

⅛ Los kostet jetzt nur noch RM 3,—
¼ Los RM 6,—.

Paul Rocholl, Staatl. Lotterie-Einnahme.

In empfehlende Erinnerung bringe ich meine Werkstatt für gute

Schlosser- und Schmiede-Arbeiten.

Peter Unkruer Soest

vormals: Franz Mentrop

Telefon 820.

MEYERS LEXIKON

Jetzt vollständig und

fortgeführt bis zur nationalen Revolution

Ausführl. Prospekt durch jede Buchhandlung oder den Verlag

Bibliographisches Institut AG. Leipzig

Ingenieurschule Ilmenau i. Thür.

Elektrotechnik, Maschinen-, Auto- und Flugzeugbau
Lehrfabrik für Praktikanten, Werkmeisterabteilung
Flugbetrieb im Fliegerlager



Heute um 20½ Uhr

außerordentliche General-Versammlung

des

Kurzschriftvereins Soest.

Gäste willkommen.

1—2 kfdl. unmöbl.

Mansarden-Zimmer,

evtl. mit Heizung, zum 1. November zu mieten gesucht.

Schriftl. Offerten u. Nr. 4754 an das S. K.

Zum 1. November d. J. sucht eine alleinstehende ältere Dame

1-2 Zimmer-Wohnung

am liebsten Parterre und Mitte der Stadt.

Offert. sind zu richten an d. S. K. u. Nr. 4747.

Die guten

„Chamois-' Fensterleder

zum Preise von 1,50; 1,20; 95 Pfg.; 65 Pfg. finden Sie bei

Carl Hochherz

Feinster farbiger

Bernstein Fußboden-Glanzlack

knochenhart werdend, Nachkleben ausgeschlossen.

Feinster weißer

Lagan-Emaillelack

für Innen u. Außen.

Ferner **Ofenlack, Bronze, alle Farben, Leinöl, Lacke, Pinsel, Fenstergias** wie immer billig bei

Oberwinter

hinterm Rathaus.

Subin.

Subin ist ein gutes **Mittel** für **Schweine**, gegen **Lahmheit, Steifheit, Knochenweiche** u. zur **Anregung** der **Freßlust.** Zu haben in Apotheken und Drogerien.



Der Deutsche trägt nur **deutsche Kleider** und diese macht der **deutsche Schneider** Der **deutsche Schneider** jederzeit Dient Dir mit **Deutscher Wertarbeit.**

Jeder Einzele hat die Pflicht, nach seinem Vermögen, Arbeit zu beschaffen.

Darum: **Gebt uns Arbeit!**

wir werden Sie streng reell und zeitgemäß preiswert bedienen.

Damenschneiderinnen Zwangsinnung Soest

Zwangsinnung für das Herrenschneiderhandwerk, Soest.

Brauchen Sie einen neuen Mantel, ein neues Kleid?

Was der Herbst an Neuheiten bringt, finden Sie bei mir. Auch für den kleinen Geldbeutel habe ich gesorgt.

Moderne Kleiderstoffe schon für 95, 75 und **50** Pfg.

Herbst-Mäntel schon für 17,50 11,50 **9,75** Mk.

Soest **G. Hermessen** Jakobistr. 10

In dieser Woche wieder frische

Seefische

eingetroffen zu niedrigsten Preisen

Grüne Heringe
Pfund 14 Pfg.
Fettbücklinge
p. Pfund 26 Pfg.
ger. Schellfisch
ger. Makrelen
ger. Lachsheringe
ger. Fleckheringe
Ia Sprotten
5 Prozent Rückvergütung

Soest Sassendorf

Säcke

kaufen sämtliche Sorten

M. v. Dam & Co.

Soest Thomästr. 54
Telefon 163.

Zur Erhaltung Deines Hauses

brauchst Du den Maler,

Zur Verschönerung Deines Heimes

brauchst Du den Maler.

Gib Deine Aufträge einem Meister und Du nutzt Dir selbst.

Schwarzarbeit schädigt das Handwerk.

Die Maler-Innung.

Deutsche Wertarbeit

ist der Sinn unserer Tage geworden. Das Tischlerhandwerk ist besonders bestrebt, durch schlichte und einfache Formen

Natürlichkeit und Wirklichkeit

in den Vordergrund zu stellen.

Der Tischler weiß für Alles Rat, z. B.:

Wenn Sie Ihre Wohnung verändern wollen,
Wenn Sie Neuanschaffungen machen wollen,
Wenn Sie Ihre Möbel modernisieren wollen.

In allen diesen Angelegenheiten lassen Sie sich von einem

erfahrenen Tischlermeister

beraten, und gehen Sie nicht zum Schwarzarbeiter.

Geht nur zur rechten Tischlerei - dann ist viel Sorge schon vorbei.

Bekanntmachung

Infolge zeitiger Arbeitsüberlastung bleiben die Räume der Amtsverwaltung Oestinghausen bis auf weiteres an den Nachmittagsstunden für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Ich richte an die Einwohner des Amtes die Bitte, die Amtsverwaltung nur in den Vormittagsstunden in Anspruch zu nehmen. In besonderen dringenden Fällen ist das Amt fernmündlich unter Herzfeld 318 zu erreichen.

Hovestadt, den 17. Oktober 1933.

Der komm. Bürgermeister:
Graf Plettenberg.